Der Übergang des Fürstentums Ansbach an Bayern

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

philosophischen Fakultät Sektion I

der

Ludwig Maximilians-Universität München

vorgelegt von

FRITZ TARRASCH

Überreicht am 11. Juni 1912.

München.
Druck von R. Oldenbourg.
1912.

Der Übergang des Fürstentums Ansbach an Bayern

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

philosophischen Fakultät Sektion I

der

Ludwig Maximilians-Universität München

vorgelegt von

FRITZ TARRASCH

ACAD. LUDWIG MAX. BIBL.

Überreicht am 11. Juni 1912.

München.
Druck von R. Oldenbourg.
1912.

Genehmigt auf Antrag der Herren
Exzellenz von Heigel und von Riezler.

Vorwort.

Diese Arbeit bildet, obwohl formell und inhaltlich selbständig und geschlossen, eine Ergänzung zu dem Werke von Süßheim »Hardenberg und die preußische Politik in Ansbach-Bayreuth« (Berlin 1902), worin zum ersten Male auf Grund archivalischer Forschung die letzte Periode der Geschichte Frankens behandelt worden ist. Gerade das Ende dieser Periode, den Übergang Ansbachs an Bayern und das Ende des fränkischen Kreises, hat Süßheim sehr summarisch abgetan; auch hat er ausschließlich preußische Archivalien benützt, so daß seine Darstellung notwendigerweise eine einseitige Färbung erhalten hat. Diese Lücken sollen durch die vorliegende Arbeit ausgefüllt und zugleich eine der wichtigsten Episoden in der Entwicklungsgeschichte des modernen bayrischen Staates erschöpfend dargestellt werden.

Die Anregung zu dieser Arbeit erhielt ich von meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Geheimrat Professor Dr. von Heigel. Wesentliche Förderung im einzelnen erfuhr ich ferner durch Herrn Professor Dr. Bitterauf in München, durch die Herren Assessoren am Berliner und Münchener Staatsarchiv, Dr. Lütgen und Stoll, durch Herrn Kreisarchivar Dr. Schrötter in Nürnberg und durch Herrn Dr. Heinrich Müller in Jena. Ihnen allen sowie den Herren Direktoren der Geheimen Staatsarchive in Berlin und München, die mir das vorhandene Material in liberalster Weise zur Verfügung gestellt haben, spreche ich hiermit meinen herzlichen Dank aus.

München im Juni 1912.

Fritz Tarrasch.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548303_0116

Vom Ausbruch des dritten Koalitonskrieges bis zum Vertrage von Schönbrunn.

So bewegt die Geschichte Frankens in den Jahren 1799—1805 auch war, unverkennbar haftete doch allen Vorgängen, selbst dem so mühsam ins Werk gesetzten preußisch-bayrischen Landesvergleich, etwas Provisorisches an. Hardenberg und Montgelas waren fest überzeugt, daß eine endgiltige Entscheidung über die Geschicke Frankens noch bevorstehe; Montgelas' zögernde Politik seit 1803 läßt sich nur dadurch erklären. Beim Ausbruch des dritten Koalitionskrieges hielt er den Zeitpunkt für gekommen, die fränkische Frage wieder aufzunehmen. Mit kluger Berechnung hatte sich der weitsehende Minister, alle Bedenken seines zaudernden Herrn überwindend, an Napoleon angeschlossen. Er zweifelte nicht, daß der Krieg für Frankreich günstig ausgehen und Bayern die Erfüllung aller Wünsche bringen werde. Das Volk teilte seine Überzeugung; der Krieg war populär und wurde mit nationaler Begeisterung geführt.[1]) Allerdings hoffte Montgelas, daß es Napoleon noch in letzter Stunde gelingen werde, Preußen zum Bundesgenossen zu gewinnen. In Würzburg, wohin der bayrische Hof vor der österreichischen Armee geflohen war, hatte der Minister eine eingehende Auseinandersetzung über die gegenwärtige

---

[1]) Bitterauf, Geschichte des Rheinbunds I, 159 ff.

Lage und seine politischen Ziele mit dem Chevalier de Bray, den er eigens zu diesem Zwecke zu sich berufen hatte. Das Resultat dieser Unterredung wurde in einer neuen Instruktion für Bray und in einem Memoire niedergelegt, das der Gesandte dem Minister Hardenberg überreichen sollte. Bray sollte alle Mittel anwenden, Preußen zum Anschluß an Frankreich zu bewegen. Der vereinten Macht der beiden Staaten werde die Koalition nicht gewachsen sein. Nach dem Friedensschluß müsse das Entschädigungswerk, das die Reichsdeputation nur unvollkommen und rein finanziell erledigt habe, als politische Operation vervollständigt werden unter dem Gesichtspunkt der Konzentration und Abrundung der beteiligten Staaten. Für Bayern sei vor allem die Vereinigung Ansbach-Bayreuths mit seinen übrigen Besitzungen wünschenswert. Die Fürstentümer seien wohl in finanzieller Hinsicht für Preußen von großem Werte, in jeder anderen aber, und besonders im Falle eines Krieges mit Österreich als ein vorgeschobenes und isoliertes Gebiet ein bedenklicher Besitz. Ähnlich lägen die Verhältnisse auf bayrischer Seite im Herzogtum Berg, dessen sich der Kurfürst gerne zu einem annehmbaren Preise entledigen wolle. Und nun schlug Montgelas folgenden Tausch vor: Preußen solle Hannover, die beiden Mecklenburg und Schwedisch-Pommern erhalten; die Herzoge von Mecklenburg sollten mit Berg und den preußisch-westfälischen Landen links der Ems entschädigt werden; Bayern endlich sollte außer Ansbach-Bayreuth das Bistum Eichstätt, die Reichsstädte Nürnberg und Augsburg, das österreichische Schwaben und die Gebiete der unmittelbaren Reichsritterschaft in Besitz nehmen dürfen. Um diesen Plan in Berlin durchzusetzen, sollte Bray mit Versprechungen an einflußreiche Persönlichkeiten am preußischen Hofe nicht kargen; die Summe von 4—500 000 Gulden wollte Montgelas diesem Zwecke opfern, doch wollte er sie, durch frühere Erfahrungen gewitzigt, erst dann auszahlen, wenn Bayern in

den Besitz wenigstens des größten Teiles der Fürstentümer gelangt sei.[1])

Es war die einfachste und natürlichste Lösung der fränkischen Frage, die Montgelas, auf sein Projekt vom Jahre 1801 zurückgreifend, hiermit vorschlug; auch Hardenberg stand ihr gerade in jenen Tagen nicht fern. Der Reichsdeputationsschluß hatte seinen Hoffnungen auf ein fränkisches Neupreußen ein Ziel gesetzt, und seitdem trat die Schwäche dieser Position immer klarer zutage. Jetzt war es Hannover, dessen Erwerbung Hardenberg lockte. Er verhandelte im August und September 1805 darüber mit Napoleons außerordentlichem Gesandten Duroc, der es als Preis franko-preußischer Allianz darbot. Bei all seiner persönlichen Vorliebe für die Fürstentümer, deren Blüte großenteils sein Werk war, sah der preußische Staatsmann doch ein, daß der für Preußen unbedingt erstrebenswerte Besitz Hannovers mit der Aufgabe »entfernter Gebiete in Franken und Westfalen, die die Macht des Staates nur schwächten und kompromittierten«,[2]) nicht zu teuer erkauft sei. Montgelas hatte also den Zeitpunkt, die fränkische Frage wieder aufzunehmen, glücklich gewählt; einer Annahme seiner Vorschläge standen in jenem Augenblicke keine prinzipiellen Hindernisse im Wege, wenn auch Hardenberg und noch mehr sein friedliebender Monarch einem Bündnis mit Napoleon ablehnend gegenüberstanden und unter möglichsten geringen Opfern in den Besitz Hannovers gelangen wollten. Allein durch einen unvorhergesehenen, an sich nicht sehr bedeutenden Vorfall, der sich jedoch im Zusammenhang mit den allgemeinen Verhältnissen als folgenschwer erwies,[3]) wurden die Verhand-

[1]) M. M. B. P. 1805, Instruktion für Bray, 28. Sept. 1805. — Mémoire pour le ministère prussien, 28. Sept. 1805.

[2]) Ranke, Hardenbergs Denkwürdigkeiten II, 206.

[3]) So beurteilte Hardenberg selbst das Ereignis in seiner ersten Denkschrift über den Vertrag von Schönbrunn, 30. Dez. 1805.

lungen schon im Keime erstickt. Die Kunde von Bernadottes Durchmarsch durch Ansbach machte es Bray, der eben erst nach Berlin zurückgekehrt war, unmöglich, Montgelas' Memoire an seine Adresse zu übergeben.

Im Baseler Frieden waren die fränkischen Fürstentümer in die Neutralitätslinie mit einbegriffen worden, die Preußen und die norddeutschen Staaten umfaßte. Doch schon während des folgenden Feldzuges der Franzosen in Süddeutschland hatte es sich gezeigt, daß die exponierte Lage dieser Provinzen die genaue Befolgung der Neutralität unmöglich machte, da alle wichtigen Heerstraßen durch ihr Gebiet führten. Man war daher in dem Vertrag von Berlin (5. August 1796) übereingekommen, in den Fürstentümern den Durchmarsch kriegführender Truppen unter der Bedingung zu gestatten, daß sie keinen Aufenthalt nähmen und alle Bedürfnisse bar bezahlten. Ebenso hatte man es ohne besondere Vereinbarung in den Feldzügen der zweiten Koalition gehalten. Nach dem Lunéviller Frieden hatte Hardenberg der Ansbacher Kammer die strenge Weisung erteilt, Truppendurchzüge nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Königs zu gestatten.[1]) Von einer solchen Erlaubnis hatten die Bayern mehrmals, soweit es sich mit Hardenbergs Wünschen vertrug, Gebrauch machen dürfen, so vor allem, als sie im Herbst 1802 die Entschädigungsgebiete in Franken besetzten. Im Hauptlandesvertrag war ihnen die Straße von Eschenau nach Forchheim zu uneingeschränkter Benutzung überlassen worden, wodurch der frühere Zustand beseitigt sein sollte. Doch war auch das nur ein Notbehelf. Eben deshalb hatte Hardenberg vor Abschluß dieses Vertrages unaufhörlich darauf gedrungen, einen Tausch im großen vorzunehmen und den preu-

---

Hardenbergs Denkwürdigkeiten V, 252: »qui, peu importante en elle même, l'était infiniment par les conjunctions du moment.«

[1]) B. R. XI 94a, Fränk. Kreis 25 C, Ber. Hard., München, 3. Sept. 1802.

ßischen Besitz zu einer kompakten Einheit zu gestalten; er sah ein, daß die Fürstentümer bei ihrer gegenwärtigen Zerrissenheit »nur eine Quelle von unangenehmen Kollisionen und Verwicklungen abgeben und im Falle eines Krieges, selbst wenn Bayern nur neutral sei, beim ersten Kanonenschuß den kriegführenden Mächten zum Opfer fallen würden«.[1])

Dennoch war der Minister beim Ausbruch des Krieges fest entschlossen, die Neutralität, zu der sich sein König nach langem Schwanken entschieden hatte, auch in den Fürstentümern streng durchzuführen.

Der bayrische Kurfürst ersuchte auf seiner Flucht nach Würzburg die Ansbacher Regierung, seinen Truppen, die auf dem Rückzuge nach Franken von den Österreichern abgeschnitten zu werden drohten, den Marsch durch das Fürstentum zu gestatten.[2]) Die Kammer fragte in Berlin an. Inzwischen erschien der bayrische Major Jordan in Ansbach und wiederholte die Bitte in dringenderer Weise. Der Kammerpräsident Schuckmann protestierte gegen eine Verletzung des preußischen Gebietes, erklärte aber, der Gewalt sich nicht widersetzen zu können.[3]) Darauf mußte der bayrische General Wrede auf Befehl seiner Regierung seinen Weg längs der Ansbacher Grenze nehmen, was ihn unnötige Märsche kostete. Erst am 24. September langte er mit seinem Korps (6300 Mann) in Würzburg an.[4]) Am 1. Oktober traf Hardenbergs Antwort auf das bayrische Marschgesuch ein:[5]) das preußische Neutralitätsprinzip lasse

[1]) B. R. 92, Hardenbergs Nachlaß E 1. Entwurf Hard. zu einem Memoire, April 1801.

[2]) B. R. XI 33 Fasz. 190, Ber. des preuß. Gesandten Schladen, der den bayrischen Hof begleitete, Ansbach, 13. Sept. 1805.

[3]) B. R. XI 33 Fasz. 190, Ber. Schladens, 19. Sept. 1805.

[4]) B. R. XI 33 Fasz. 190, Ber. Schladens, 24. Sept. 1805.

[5]) Alombert-Colin, La Campagne de 1805 en Allemagne, II, 703. Schreiben Bernadottes an Berthier, 3. Okt. P. S.

eine Genehmigung nicht zu; die Eschenauer Straße müsse auch für diesen Fall genügen.[1]) Gleichzeitig schärfte der Minister den Ansbacher Behörden die strengste Beobachtung der Neutralität ein; sie sollten zu diesem Zwecke Tafeln und Bekanntmachungen an der Grenze besorgen und Durchmärsche einzig und allein auf der Eschenauer Straße zulassen.[2])

Das war eine halbe Maßregel, die nicht geeignet sein konnte, auf die kriegführenden Mächte einen tiefergehenden Eindruck zu machen. Man durfte nicht annehmen, daß sich ein Napoleon, wenn es sich um die Durchführung strategischer Manöver handelte, durch Warnungstafeln von der Verfolgung seiner Pläne abhalten lassen werde. Dem preußischen Könige mochte das wohl von selbst einleuchten. Auf die Nachrichten von den Bewegungen der französischen Truppen in Mitteldeutschland ließ er am 3. Oktober Hardenberg durch den Kabinettsrat von Beyme die Weisung zugehen, er solle dafür sorgen, »daß die Neutralität der Fürstentümer wie im vorigen Kriege respektiert werde, da man eine weitergehende Neutralität für dieselben wohl schwerlich werde erhalten können«.[3]) Der König legte damit eine richtige Auffassung der Verhältnisse an den Tag; aber seine Unselbständigkeit hatte ihn gehindert, rechtzeitig einen Entschluß zu fassen, und in diesem Augenblick war es schon zu spät. Hardenberg ließ sich selbst durch diese Weisung des Königs nicht umstimmen. Er erstattete am nächsten Morgen seinem Monarchen Bericht über die Neutralität der fränkischen Provinzen. Der Oberkommandierende der österreichischen Armee, General Mack, hatte soeben die bündigste Versicherung erteilt, das preußische Gebiet aufs strengste zu respektieren. Er war dazu durch die Äußerung des bayrischen Haupt-

[1]) B. R. XI 33 Fasz. 190, Hardenberg an Schladen, 22. Sept.
[2]) Ranke, Hard. Denkw. II, 224.
[3]) Ranke, Hard. Denkw. II, 255.

manns von Gravenreuth veranlaßt worden, der für die ins Bambergische zurückweichenden bayrischen Truppen bei der Ansbacher Kammer die Erlaubnis zum Durchmarsch durch die Behauptung erwirkt hatte, die Österreicher seien durchaus nicht gewillt, mit den Fürstentümern anders als in den vorhergehenden Kriegen zu verfahren. General Mack hatte diese Behauptung schriftlich für eine unverschämte Lüge erklärt und dafür vom bayrischen Kurfürsten Satisfaktion gefordert und, wie er dem Präsidenten von Schuckmann mitgeteilt hatte, auch erhalten. Ebensowenig, fuhr Hardenberg fort, werde man französischerseits der Neutralität der Fürstentümer etwas in den Weg legen. Den französischen Truppen stehe die Eschenauer Verbindungsstraße offen, auf die er General Duroc bei den letzten Verhandlungen nachdrücklich aufmerksam gemacht habe. Demnach werde man den fränkischen Provinzen die Wohltat völliger, auch durch Truppenmärsche nicht getrübter Neutralität wenigstens so lange erhalten können, als nicht dringende künftige Umstände eine Einschränkung wie in den vorigen Kriegen notwendig machen würden. Im übrigen sei es der Würde des Königs nicht angemessen, von selbst ein derartiges Anerbieten zu machen.[1])

Auch auf französischer Seite hatte man schon frühzeitig die Frage der Neutralität Ansbachs erörtert. Duroc hatte auf Veranlassung Hardenbergs in einem Schreiben vom 8. September auf die Eschenauer Straße aufmerksam gemacht, deren Benutzung eine Umgehung der Fürstentümer ermögliche.[2]) Allein diese Straße kam für den genialen Plan, den Napoleon für den Aufmarsch seiner Truppen entworfen hatte, nicht in Betracht, da ihre Benützung eine Verzögerung von zwei Tagen bedeutet hätte, die alles in Frage stellen konnte. General

[1]) B. R. 92, Hardenbergs Nachlaß E 6, Vol. II, Hard. an den König, 4. Okt. 1805.

[2]) Bailleu, Preußen und Frankreich II, Nr. 277.

Clarke setzte in einem Schreiben an den Kaiser auseinander (16. September),[1]) daß nach dem erfolglosen Verlauf der Allianzverhandlungen ein Neutralitätsvertrag mit Preußen geschlossen werden müsse, und daß er kein Hindernis sehe, die Neutralitätslinie in der Weise, wie sie in dem vorhergehenden Kriege gegolten habe, auch jetzt wieder in Kraft treten zu lassen. Der König selbst schrieb ein halbes Jahr später an Napoleon, es würde ihn nur ein einziges Wort gekostet haben, die Erlaubnis zum Durchzug zu erhalten.[2]) Nach dem Vorhergehenden ist in der Tat anzunehmen, daß direkte Verhandlungen über diese Frage zu einem für Napoleon befriedigenden Ende geführt haben würden. Allein er konnte dieses Wort nicht sprechen. Es handelte sich hier um einen jener schwierigen Fälle, wo die strategischen und politischen Angelegenheiten unlöslich miteinander verquickt sind und nicht gleichmäßig berücksichtigt werden können. Hätte Napoleon wegen des Durchmarsches Verhandlungen in Berlin eröffnet, so hätten die Österreicher sofort davon Kunde bekommen, Mack hätte des Kaisers Plan rechtzeitig erkannt und wäre der drohenden Einkreisung entgangen. Eben der Umstand, daß Mack sich felsenfest auf die Schranken verließ, die das preußische Gebiet dem Marsche der französischen Truppen in den Weg stellen werde, trug dazu bei, Napoleons Plan in so exakter Weise gelingen zu lassen.

Am 1. Oktober war das bayrische Korps Deroy (16 500 Mann) auf seinem Rückzuge vor den Österreichern auf der Eschenauer Straße in Bamberg eingetroffen.[3]) Am 27. September war in Würzburg Bernadotte mit seinem und Marmonts Korps von Hannover her ange-

---

[1]) Alombert-Colin, La Campagne de 1805 II, 264.

[2]) Ranke, Hard. Denkw. II, 451, Schreiben des Königs an Napoleon, 5. Febr. 1806.

[3]) Alombert-Colin II, 16.

langt und hatte sich mit Wredes Bayern vereinigt.[1]) Auf diesem Marsche hatte er das Kurfürstentum Hessen durchqueren müssen. Hiefür hatte Napoleon durch Duroc Preußens Genehmigung und Vermittlung beim Kurfürsten in Anspruch genommen,[2]) da es sich hier um norddeutsches, auch in den früheren Kriegen nicht zu passierendes Gebiet handelte und in diesem Stadium des Aufmarsches noch keine strategischen Geheimnisse zu verraten waren. In Würzburg erhielt Bernadotte den aus Straßburg vom 27. September datierten Befehl,[3]) sich mit Marmont und der bayrischen Armee über Ansbach nach Eichstätt zu begeben, während Davoût rechts von ihm über Crailsheim und Dinkelsbühl nach Nördlingen marschieren sollte.[4]) Darauf machte der bayrische Kurfürst den Kaiser und den Marschall darauf aufmerksam, daß Preußen auch in Ansbach die strikte Neutralität aufrecht zu erhalten gesonnen sei und ein Marsch durch dieses Land unangenehme Folgen nach sich ziehen könne.[5])

Diese Mitteilung scheint den Kaiser stutzig gemacht zu haben,[6]) vermochte ihn aber nicht zu einer Abänderung der Marschdispositionen zu bewegen, da ihn dies zu viel Zeit gekostet hätte; doch erteilte er den Befehl, den Durchzug möglichst zu beschleunigen und gegen die preußischen Behörden das denkbar liebenswürdigste Benehmen zur Schau zu tragen.[7]) Napoleon handelte, wie er Talleyrand am 3. Oktober schrieb, als ob die Neutralitätslinie der

---

[1]) B. R. XI 33 Fasz. 190, Ber. Schladens, 27. Sept.

[2]) Alombert-Colin II, 23.

[3]) Alombert-Colin II, 348. — Correspondence de Napoléon XI, 9274.

[4]) Corr. de Nap. XI, 9272.

[5]) M. M. B. P. 1805, Kopie des Briefes des Kurfürsten an Napoleon, 1. Okt., Beilage zu Montgelas' Schreiben an Bray 3. Okt.

[6]) Schreiben Nap. an Otto, den französischen Gesandten am bayrischen Hofe, 3. Okt., Corr. de Nap. XI, 9319.

[7]) Corr. de Nap. XI, 9319 und 9322.

früheren Jahre bestände.[1]) Um den sicheren Sieg nicht aus den Händen zu lassen,[2]) unterließ er die Anfrage beim preußischen Hofe und nahm das Risiko auf sich, ihn zu beleidigen und sich möglicherweise zum Feinde zu machen. Er maß der Angelegenheit kein allzu großes Gewicht bei und hoffte im Vertrauen auf die guten Beziehungen, in denen er bis dahin zu Preußen gestanden hatte, eine etwaige Empfindlichkeit des Berliner Hofes leicht beschwichtigen zu können. Darum beeilte er sich, möglichst gleichzeitig mit der Kunde seines Vorgehens in Berlin Erklärungen und Entschuldigungen an das preußische Ministerium und ein Schreiben an den König

---

[1]) ..... »comme si la dernière ligne de neutralité existait.« Fournier, Napoléon I., II, 358. Das beweist, daß Napoleon sich der Inkorrektheit seines Schrittes wohl bewußt war, und berichtigt die Ansicht Thiers' (Histoire du consulat et de l'Empire VI, 68) und Bignons (Histoire de France IV, 347), die auch bei Sorel (L'Europe et la révolution française VI, 472) noch angedeutet ist: daß nämlich Napoleon bona fide gehandelt habe in der Annahme, Durocs Verhandlungen mit Preußen würden zu einem günstigen Abschluß führen, oder der beabsichtigte Neutralitätsbruch der Russen, die am 18. September kategorisch den Durchzug durch Schlesien verlangt hatten, werde den König auf seine Seite geführt haben. Diese Annahme, durch die schon der scharfsinnige Metternich, damals österreichischer Gesandter in Berlin, sich den Vorfall zu erklären suchte (Aus Metternichs Papieren II, 67, Ber. v. 7. Okt. 1805), ist nicht ganz von der Hand zu weisen, war aber sicherlich nicht von ausschlaggebender Bedeutung für Napoleon.

[2]) Schon am 27. September hatte Mack von Bernadottes und Marmonts Vorrücken gegen Würzburg Kunde erhalten, glaubte sich aber noch bis zum 6. Oktober sicher, da er einen Marsch durch das preußische Gebiet für gänzlich ausgeschlossen hielt. Und als er am 7. von dem Marsche Bernadottes benachrichtigt wurde, wollte er es anfangs nicht glauben und war dann, als zuverlässigere Meldungen einliefen, um so mehr entsetzt. »Durch dieses unglückliche Ereignis, welches niemand für möglich gehalten hätte, ist alles viel schlimmer geworden«, schrieb er resigniert nach Hause. Beer, Zehn Jahre österreichischer Politik, S. 145—148.

eintreffen zu lassen.[1]) Von einer absichtlichen Brüskierung Preußens, wie sie noch Bailleu annehmen zu müssen glaubt, kann jedenfalls keine Rede sein; dazu war Napoleon zu klug und Preußen eine zu starke Macht.[2]) Im übrigen war unter den zahlreichen Entschuldigungen und Erklärungen, mit denen er seinen Schritt zu rechtfertigen suchte, die eine nicht unbegründet, daß man ihm rechtzeitig offizielle Mitteilung von der gegen die früheren Kriege beliebten Abweichung hätte machen müssen. Napoleons Vorgehen war durch die Umstände geboten, durch die Analogie der früheren Jahre berechtigt, aber allerdings in der Form nicht einwandfrei.[3])

So trat ein, was eine wohlmeinende Politik vergeblich dem Lande zu ersparen gesucht hatte: Franken und insbesondere Ansbach wurde, wenn ihm auch die

---

[1]) Schreiben Napoleons an den Kurfürsten, 2. Okt., an Duroc, 2. Okt., an Otto, 3. Okt., an Talleyrand, 3. Okt., an Otto, 4. Okt., an den König, 5. Okt. Corr. XI, 9314, 9316, 9319, 9326, 9334, 9342. Schreiben Talleyrands an Napoleon, 5. Okt., Bertrand, Lettres inédites de Tall., S. 141.

[2]) Bailleu, Preußen und Frankreich II, Einl. S. LXI. Noch weiter geht darin Santelmann in seiner Dissertation »Die Beziehungen zwischen Preußen und Bayern 1799—1805«, S. 122: »Sobald Napoleon von seinem Adjutanten Duroc, der ihn in Straßburg getroffen hatte [falsch! Duroc erhielt erst von Augsburg aus am 24. Oktober den Befehl, Berlin zu verlassen, Corr. XI, 9420], die Kunde erhielt, daß seine Bemühungen, Preußen auf Frankreichs Seite zu ziehen, ohne Erfolg geblieben waren, beschloß er, getreu seinem Grundsatze, »Entweder für mich oder gegen mich«, auch sogleich mit Preußen abzurechnen. Da ein Grund zum Kriege nicht vorlag, s o s c h a f f t e i h n N a p o l e o n. Er befahl Bernadotte, zur Umzingelung der Österreicher das preußische Gebiet in Franken zu durchziehen, obwohl er von Duroc wußte, daß die preußische Neutralität auch auf Ansbach-Bayreuth ausgedehnt war.« Das ist Dichtung, aber nicht Wahrheit, nicht einmal Wahrscheinlichkeit.

[3]) Diese Auffassung, die den tatsächlichen Verhältnissen wohl am meisten entspricht, vertritt bereits Lefèbvre in seiner Histoire des cabinets de l'Europe pendant la révolution et l'Empire V, 145.

Schrecken des Krieges fernblieben, auf Jahre hinaus der Schauplatz unaufhörlicher Truppenzüge und nimmer endender Einquartierungen, die dem Wohlstand des Landes schwere Wunden schlugen.

Am 3. Oktober erreichte die französische Armee bei Uffenheim die Ansbacher Grenze. Vergebens hatte Schuckmann noch am Tage zuvor Bernadotte von Hardenbergs Neutralitätserlaß in Kenntnis gesetzt;[1]) vergebens der preußische Gesandte ihm die wahrscheinlich unglückseligen Folgen seines Beginnens vor Augen gestellt:[2]) vergebens Schuckmann, Graf Tauentzien, der Kommandant der Ansbach-Bayreuther Truppen, und die Offiziere des Ansbacher Generalstabs an der Grenze ihm persönlich den Protest gegen die Neutralitätsverletzung wiederholt:[3]) Bernadotte begegnete ihnen allen mit der denkbar größten Höflichkeit, blieb aber auf dem strikten Befehl seines Kaisers bestehen. Er sei ein eifriger Preuße, sagte er zu Schladen,[2]) aus Prinzip und aus Dankbarkeit für die Liebenswürdigkeiten, die er während seines Kommandos in Hannover von Preußens König erfahren habe; er würde sofort sein Kommando niederlegen, wenn er glauben könnte, daß Napoleon Preußen beleidigen wolle. Kurz, er wußte mit liebenswürdiger Beredsamkeit den Gesandten, der überhaupt in jener Epoche eine keineswegs glänzende Rolle spielte, derart zu betören, daß dieser von der Überreichung eines schriftlichen Protestes Abstand nahm[3]) und dem Marschall nur die Schonung der Bevölkerung ans Herz legte.[4]) Diese Mahnung war gerade damals sehr überflüssig. Die französische Armee ist nie besser diszipliniert gewesen als im Kriege von 1805;[5]) außerdem hatte Napoleon

[1]) Alombert-Colin II, 703, Bernadotte an Berthier, 3. Okt.
[2]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens, 3. Okt.
[3]) Alombert-Colin II, 703, Bernadotte an Berthier, 3. Okt.
[4]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens, 3. Okt.
[5]) Bleibtreu, Die große Armee I, 25 ff.

für den Marsch durch Ansbach das korrekteste Betragen vorgeschrieben und dem Marschall weitgehenden Kredit bei einem Frankfurter Handelshaus eröffnet, damit er in der Lage sei, alle Bedürfnisse sofort zu bezahlen.[1])

In der Tat vollzog sich der Marsch der verbündeten französisch-bayrischen Armee in der denkbar größten Ordnung,[2]) und wo es den preußischen Unterbeamten, wie z. B. dem Kreisdirektor von Crailsheim, einfiel, den Truppen in der Verpflegung Hindernisse in den Weg zu legen, gelang es dem konzilianten Verhalten der französischen Befehlshaber stets, die Schwierigkeiten zu beseitigen und jeden Mißton zu vermeiden.[3]) Die Truppen durften keine Quartiere beziehen, sondern mußten biwakieren; selbst der kleinliche Wunsch der Ansbacher Regierung, Bernadotte möge die Stadt Ansbach nicht betreten, sondern außen um sie herumziehen, fand anstandslose Gewährung.[4]) In den nichtpreußischen Gebieten freilich ließ man nicht die gleiche Rücksicht walten; in Mergentheim, der Hauptstadt des Deutschen Ordens, wurde eine Kontribution von 500 000 Francs, in Virnsberg, einer Komturei des Ordens, von 15 000 Francs

---

[1]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens, 3. Okt.

[2]) Alombert-Colin II, 818, 823, 824, Berichte Bernadottes, Marmonts, Davoûts, 5. Okt. Erinnerungen des Kreisdirektors Lüttwitz in Christian Meyers Hohenzollerschen Forschungen II, 238 f. Weder die Erinnerungen Langs, Martius', Weltrichs und Puchtas, noch die Berichte Schladens, Schuckmanns und Hänleins (B. R. XI 94a Fränk. Kreis 9 C u. D) berichten von irgendwelchen Ausschreitungen. Bemerkenswert, obwohl nicht näher beglaubigt, ist die Mitteilung des Marschalls Davoût (Alombert-Colin II, 818): »Mehrere preußische Offiziere besuchten mein Hauptquartier; sie erwarten mit großer Ungeduld das Ergebnis von Haugwitz' Wiener Reise und wünschen und hoffen, mit uns gemeinsame Sache zu machen.«

[3]) Alombert-Colin II, 818, Ber. Davoûts, 5. Okt.

[4]) Alombert-Colin II, 824, Ber. Bernadottes, 5. Okt. Lüttwitz, Biographie des Staatsministers von Schuckmann, Leipzig 1835, S. 20.

erhoben.[1]) General Wrede, der Führer der Bayern, um deren Finanzen es sehr schlecht bestellt war, konnte es sich, als er bei Fürth lagerte, nicht versagen, bei dem Nürnberger Magistrat eine Requisition von 100 000 Gulden zu erheben und, als die Stadt sich weigerte, die Summe durch 4000 Mann unter General Siebert einzutreiben.[2]) In Spalt wollte ihm der preußische Beamte die Magazine nicht öffnen; es kam zu etwas erregten Verhandlungen, und schließlich willfahrte der Beamte dem Wunsche des Generals, ließ sich aber einen Schein ausstellen, daß Wrede unweigerlich darauf bestanden habe. Dieser Vorfall wurde in den Berichten nach Berlin zu einem groben Exzeß der Bayern aufgebauscht und trug am meisten dazu bei, die Erbitterung gegen Bayern zu schüren.[3])

Am Abend des 6. Oktober standen die drei Korps nach Eilmärschen — in Uffenheim hatte Bernadotte den Befehl Napoleons erhalten, die Durchquerung des preußischen Gebietes nach Möglichkeit zu beschleunigen[4]) — auf außerpreußischem Boden.[5]) Bernadotte war über Ansbach—Gunzenhausen—Weißenburg in der Grafschaft Pappenheim angelangt und vereinigte sich dort mit den Bayern, die über Forchheim—Fürth—Schwabach herangekommen waren; rechts von ihm waren Marmont über Rothenburg—Wassertrüdingen, Davoût über Crailsheim—Mönchsroth ins Fürstentum Öttingen marschiert.[6]) Wenige Tage später war der Ring um die österreichische Armee geschlossen, die Katastrophe von Ulm befreite Süd-

[1]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens, 17. Okt.

[2]) Schrötter, Die letzten Tage der Reichsstadt Nürnberg, Mitt. d. Ver. f. Gesch. d. Stadt Nürnberg, 1906, S. 74. N. R. 172 Nr. 104a, Bericht Roths, 8. Okt.

[3]) B. R. XI 33 Fasz. 194, Bericht Wredes an den Kurfürsten von Bayern über seinen Durchzug durch Ansbach, Iglau, 14. Dez. 1805. Er gibt sein Ehrenwort, daß es sich so verhalten habe.

[4]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Bericht Schladens, 5. Okt.

[5]) Alombert-Colin II, 882.

[6]) Alombert-Colin II, 705.

deutschland nach kaum sechswöchigem Feldzug von der österreichischen Invasion, und in unaufhaltsamem Fluge eilten Frankreichs sieggewohnte Adler auf die feindliche Hauptstadt Wien zu.

Ein amüsantes Nachspiel der Ulmer Katastrophe spielte sich in Franken ab. Noch vor der Kapitulation hatte sich Erzherzog Ferdinand mit etwa 10 000 Mann von General Mack losgesagt und suchte sich, da er sich nach Bernadottes Vorgehen an die Achtung der preußischen Neutralität nicht mehr gebunden fühlte, durch Ansbach und Bayreuth nach Böhmen zurückzuziehen. In Gunzenhausen wollte er eben mit dem Kreisdirektor von Lüttwitz zu Mittag speisen, als er von dem Anmarsch der Franzosen unter General Klein benachrichtigt wurde, den Napoleon ihn zu verfolgen gesandt hatte. Der Erzherzog bat Lüttwitz, die Altmühlbrücke zu zerstören. Dies mußte der Beamte der Neutralität wegen verweigern; zum Schutze der Brücke ließ er eine preußische Husarenschwadron unter Oberst von Schauroth aufmarschieren. Dagegen unterhandelte er mit Klein, um ihn zu bewegen, auf preußischem Gebiet nicht zu schlagen. Aber dieser wies ihn hitzig ab, da sich bei den Österreichern ein Teil des Rohanschen Korps befinde, das bereits kapituliert habe. Inzwischen hatte der Erzherzog hinter der breit ausgetretenen Altmühl eine vortreffliche Stellung eingenommen und sah dem Angriff des weit schwächeren Feindes (3000 Mann Kavallerie) mit Zuversicht entgegen. Die Folge war, daß die beiden Führer nach langem Parlamentieren auf der Brücke eine Konvention abschlossen: die Österreicher lieferten die Reste des Korps Rohan (4000 Mann) aus, durften aber auf preußischem Boden unbehelligt ihren Rückzug fortsetzen.

Unterdessen war auch Marschall Murat angekommen. Er ließ sich das für den Erzherzog bestellte Essen trefflich munden, dann aber stürmte er den Österreichern nach. Bei Eschenau, auf ehemals nürnbergischem Boden,

ereilte er sie und lieferte ihnen, da das Gebiet auf den Karten noch nicht als preußisches bezeichnet war, in Gegenwart des preußischen Regiments Tauentzien ein Treffen (20. Oktober), vermochte jedoch den Rückzug des Erzherzogs über Bayreuth nach Eger nicht zu vereiteln. General Klein aber wurde von Napoleon scharf getadelt, weil er sich auf Verhandlungen eingelassen hatte, anstatt die überraschten Österreicher einfach über den Haufen zu werfen.[1])

Der Rückzug des Erzherzogs auf preußisches Gebiet war eine Folge der Bernadotteschen Neutralitätsverletzung; doch ist anzunehmen, daß der kühne Reiterführer auch ohne Präzedenzfall diesen Weg eingeschlagen hätte, da es der einzige war, der ihm zu seiner Rettung zu Gebote stand. Durch beide rein militärischen Ereignisse war eben aufs deutlichste die absolute Unhaltbarkeit strikter Neutralität in diesen exponierten Provinzen erwiesen worden.

In Berlin rief die Nachricht von Bernadottes Neutralitätsbruch[2]) eine ungeheure Erregung hervor[3]), wie sie niemand und am wenigsten Napoleon vorausgesehen hatte. Sie war in diesem Grade sicherlich nicht berechtigt und läßt sich nur durch die Nervosität erklären, in die die Spannung der Lage und die Drohungen der Russen den preußischen Hof versetzt hatten. Man fühlte in Berlin, daß man durch die schwächliche Politik der letzten Jahre Preußens Ansehen derart gemindert habe, daß man eine geringschätzige Behandlung seitens der anderen Mächte

[1]) Weltrich, Erinnerung an die preußische Herrschaft in Bayreuth, S. 83. — Lüttwitz' Erinnerungen in Hohenzollersche Forschungen II, 241. — B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens, 20. Okt., Reskript Hardenbergs, 25. Okt., wo statt Eschenaus irrig Gräfenberg genannt ist.

[2]) Sie kam am Abend des 6. Oktober an. Ranke, Hard. Denkw. II, 262.

[3]) Bailleu, Preußen und Frankreich II, LXII und Nr. 291, Laforest an Talleyrand, 9. Okt.

nicht für ausgeschlossen halten durfte. Zwar des Königs ehrlicher Zorn über die »Beleidigung« legte sich schnell wieder bei nüchterner Beurteilung des Falles[1]) und unter dem Einflusse des Kabinettsrates Lombard, der die Zwangslage, in der sich Napoleon befunden, klar erkannte[2]) und von jeher den Anschluß an Frankreich befürwortet hatte. In der ersten Aufwallung wollte der König die Ausweisung des französischen und des bayrischen Gesandten verfügen; nur mit Mühe hielt Hardenberg seinen Monarchen von diesem übereilten Schritte zurück.[3]) Nach seiner Ansicht sollte der Vorfall zur Austragung der hannoverschen Angelegenheit gute Dienste leisten. Frankreich gegenüber betrachtete Hardenberg den Vorfall als rein politische Angelegenheit. Dagegen trug er von Anfang an einen tiefen persönlichen Groll gegen Bayern zur Schau. Als Regent der fränkischen Fürstentümer fühlte er sich durch den Vorfall persönlich betroffen;[4]) daß aber Bayern mitgewirkt hatte, das seine Existenz mehr als einmal dem Schutze Preußens zu verdanken gehabt hatte, Bayern, mit dem er wegen der fränkischen Verhältnisse seit Jahren in gespannten Beziehungen stand und dessen Aspirationen auf den Besitz der Fürstentümer er kannte: das lenkte seinen Zorn in unbegründeter Einseitigkeit gegen diesen Staat, der sich willenlos Napoleons Befehl hatte fügen müssen. In dieser Stimmung bestärkten ihn die Berichte Naglers, der eben in jenen Tagen in Ansbach weilte und seine Darstellung durch seine

[1]) Besonders charakteristisch für die Stimmung und den Wankelmut des Königs ist die in Heigels Deutscher Geschichte II, 571 mitgeteilte Stelle aus einem Schreiben des Königs an Schladen vom 11. Okt.

[2]) Lombard, Matériaux pour servir à l'histoire de Prusse pendant les années 1805—1807, S. 109—111.

[3]) Bailleu, Preußen und Frankreich II, LXII.

[4]) Diese Annahme vertritt bereits Lefèbvre, einer der objektivsten und feinsinnigsten französischen Historiker, in seiner »Histoire des cabinets de l'Europe« II, 161.

bekannte Animosität gegen Bayern entstellte.[1]) Der Minister verlangte sofort von den Ansbacher Behörden ausführliche Berichte über alle während des Durchzugs vorgefallenen Exzesse.[2]) Das führte natürlich dazu, daß geringfügige Unregelmäßigkeiten, wie sie bei einem Marsche größerer Truppenmassen stets unvermeidlich sind, zu einer Wichtigkeit aufgebauscht wurden, die Hardenbergs Erbitterung in hohem Grade steigerte.[3]) Während der König und seine Kabinettsräte den Anteil Bayerns an dem Vorfall in richtiger Erwägung der Umstände als quantité négligeable betrachteten und sich nur die gegen Napoleon zu ergreifenden Maßnahmen angelegen sein ließen,[4]) betonte Hardenberg, das »unerhörte« Vorgehen Bayerns verlange eine scharfe Zurückweisung, und fragte den König, ob er Bray und Montgelas gegenüber in starken Ausdrücken des Königs Entrüstung aussprechen oder den preußischen Gesandten aus München abberufen, den bayrischen aus Berlin ausweisen solle.[5]) Als er vom Könige keine Antwort erhielt, wiederholte er seine Frage am nächsten Tage mit der Begründung, die neuesten Meldungen aus Ansbach bewiesen ihm, daß sich Bayern der Verletzung des preußischen Gebiets nicht widersetzt, ja sie schon lange vorher geplant habe.[6]) Er wollte keine milde Beurteilung der bayrischen Politik zulassen, obwohl ihm Bray bereits am 9. Oktober mehrere Dokumente, darunter vor allem den Brief des Kurfürsten an Napoleon, in Abschrift vorgelegt hatte, die das abmahnende, ja

---

[1]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens, 3. Okt. — M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 15./18. Okt., Montg. an Bray, 11. Okt.

[2]) Lüttwitz' Erinnerungen, Hohenzollersche Forschungen II, 243.

[3]) Ranke, Hard. Denkw. II, 262.

[4]) Bailleu, Preußen und Frankreich II, Nr. 293, Lomb. an Hard., 12. Okt., u. Nr. 295, Lomb. an Hard., 14. Okt.

[5]) Bailleu, Nr. 294, Hard. an den König, 13. Okt.

[6]) Bailleu, Nr. 296, Hard. an den König, 14. Okt.

warnende Verhalten Bayerns in das klarste Licht stellten.[1]) Aber Bray hatte dank seiner Gewandtheit und persönlichen Beliebtheit so treffliche Beziehungen am preußischen Hofe, daß Hardenberg mit seinen antibayrischen Anträgen keinen Anklang fand und der bayrische Gesandte sich unter den schwierigsten Verhältnissen zu behaupten, ja sogar über alle politischen Vorgänge wie kaum ein zweiter auf dem laufenden zu erhalten wußte. Und wenn Hardenberg persönlich mehrere Wochen lang jeden Verkehr mit Bray vermied,[2]) so fand dieser um so geneigteres Gehör bei Hardenbergs Nebenbuhler Haugwitz, der in jenen Tagen von Wien zurückkehrte und die Ereignisse in Franken mit einem durch keine Subjektivität getrübten Blicke beurteilte.[3]) Die bayrischen Staatsmänner waren sich bald darüber klar, daß Hardenbergs Groll ein künstlicher sei und die Absicht verfolge, den Ansbacher Zwischenfall zu einer Besitzvergrößerung in Franken auf Bayerns Kosten auszuschlachten.[4]) In den Akten findet sich kein Beweis für die Richtigkeit dieser

---

[1]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 9. Okt.

[2]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 19. u. 24. Okt.

[3]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 15./17. Okt.

[4]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 2. Nov.: »Le mécontentement de Hardenberg rélatif aux événements d'Ansbach semble toujours avoir besoin encore de quelque satisfaction éclatante.« Montgelas an Bray, 10. Nov.: »Je soupçonne que Hardenberg n'ait qu'une colère purement factice et cherche un prétexte pour s'approprier une partie de nos possessions en Franconie.« Ber. Brays, 30. Nov.: »Je suis convaincu ... qu'on n'affecte qu'une colère factice pour nous arriver après avec des demandes en satisfaction et dédommagement.« Pol. Arch. Nr. 9 Mission extraordinaire au grand quartier général Imperial français, Ber. Gravenreuths, 30. Okt.: Napoleon rechnet mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Preußen; Bayern könne dabei neutral bleiben. »Cette idée généreuse de Napoléon serait certainement exécutable, si Hardenberg n'était pas à la tête des rélations extérieures; cet homme le plus mal intentionné contre la Bavière couve depuis longtemps le dessein de réunir toute la Franconie.«

Annahme; doch läßt sich Hardenbergs Gebaren schwer anders erklären.

Die Entschuldigung Napoleons, die der in preußischen Diensten stehende Prinz Eugen von Württemberg nach Berlin mitbrachte,[1]) erwies sich, ebenso wie Talleyrands Depesche an Laforest vom 5. Oktober, nicht als geeignet, die Empörung am Hofe zu beschwichtigen[2]) und feindselige Maßregeln zu verhindern, sondern trug vielmehr dem Prinzen Hardenbergs Tadel ein, daß er sich nicht geschämt habe, den Apologisten Napoleons zu machen.[3])

---

[1]) Ranke, Hard. Denkw. II, 296. — Corr. de Napoléon XI, 9342.

[2]) Im Gegenteil schien eine »Kritik der Daten« den Kaiser noch stärker zu belasten. Hardenberg schreibt (Ranke, Hard. Denkw. II, 297): »Der Einmarsch in dem Ansbachischen geschah am 3., und am 4. verteidigt ihn der Kaiser schon von Stuttgart aus, am 5. der Minister in Straßburg. Man konnte selbst am ersten Orte kaum davon unterrichtet sein, daß die Sache geschehen und zu Beschwerden Anlaß gegeben hatte, in Straßburg gar nicht. Diese wurden also vorausgesehen und die Entschuldigungen bei dem Ministerium fertig gehalten.« Der Kaiser war aber bereits am 2. Oktober durch den Brief des Kurfürsten von der mutmaßlichen Verweigerung des Durchmarsches in Kenntnis gesetzt worden. Am Nachmittag des 3. wußte er bereits von den Vorfällen bei Uffenheim und zum mindesten von den Vorstellungen, die Schladen am Morgen des Tages dem Marschall gemacht und über die Bernadotte dem Hauptquartier sofort einen Bericht eingesandt hatte. Ein gut berittener Kurier konnte von Würzburg aus sehr wohl in etwa sieben Stunden (Entfernung Würzburg—Ludwigsburg auf der Heerstraße 150 km) nach Ludwigsburg gelangen. Sofort, um 4 Uhr nachmittags (Corr. XI, 9326), sandte Napoleon einen Kurier mit der Nachricht und dem Befehl, Duroc und Laforest davon zu unterrichten, an Talleyrand nach Straßburg ab. Dieser Kurier konnte bis zum Morgen des 5., von dem Talleyrands Note datiert ist, ganz bequem in Straßburg eintreffen (Entfernung Ludwigsburg—Pforzheim—Straßburg 150 km). Demnach erweist sich Hardenbergs hyperkritische Hypothese als falsch.

[3]) Der Prinz glaubte diesen schlechten Eindruck verwischen zu müssen und ließ daher am 17. Oktober dem Kabinettsrat Beyme durch Baron Möser mit einem unendlich schmeichelhaften Schreiben ein Memoire über die politische Lage Preußens überreichen.

In der Potsdamer Konferenz vom 9. Oktober wurde die Mobilisierung der Armee, die Öffnung Schlesiens für den Durchmarsch der Russen und die Besetzung Hannovers beschlossen. Die Avantgarde unter Generalleutnant von Blücher besetzte das Bayreuther Oberland und nahm, allmählich auf 60 000 Mann verstärkt, eine drohende Stellung ein.[1]) Aber all diese Maßregeln, so aggressiv sie auch erschienen, hatten nur den Zweck, die Neutralität des preußischen Staates zu sichern. Zu einem entscheidenden Schritte schwang sich der friedliebende König auch jetzt nicht auf. Die Wellen kriegerischer Erregung in den Hofkreisen ebbten bald wieder zurück, und bereits Mitte Oktober stand Hardenberg, der, durch des Königs momentane Aufwallung getäuscht, an eine Änderung des bisherigen Kurses geglaubt hatte, mit seiner Kriegslust dem König und seinen Vertrauten, Lombard, Beyme,

---

Darin schlug er höchst kriegerische Töne an und konstatierte, nachdem er die geplante russische und vollzogene französische Neutralitätsverletzung zweimal in scharfen Worten gegeißelt hatte, mit Emphase, daß Preußen jetzt unbedingt den Friedensrichter spielen und sich an dem rächen müsse, der seine Vorschläge nicht annehmen wolle. Beyme antwortete (21. Okt.) auf dieses Memoire, das eines gewissen komischen Beigeschmacks nicht entbehrt, in unverkennbar ironischer Weise, betonte aber, daß man sich sorgfältig hüten müsse, der Empfindung über die von Frankreich erlittene Kränkung nicht den Charakter der Erbitterung zu geben. Dadurch würde man aus der zu jener Rolle erforderlichen Unparteilichkeit heraustreten. Frankreich könne dafür noch besondere Genugtuung geben, und er, Beyme, hoffe, daß es geschehen werde. »Nur müssen ihm unsere Rüstungen nicht als feindliche, die sie in der Tat nicht sind, noch sein sollen, vorgestellt werden. Ganz Europa muß es wissen, daß wir uns nur zur Beschützung unserer eigenen Staaten und um an der Wiederherstellung eines auf allen Seiten gerechten und dauerhaften Friedens mit Unparteilichkeit und Nachdruck zu arbeiten, rüsten.« B. R. 89, Nr. 9 B. b. Acta, politische Verhältnisse mit Frankreich betreffend, 1805/06.

[1]) Die preußischen Kriegsvorbereitungen 1805. (Kriegsgeschichtliche Einzelschriften, herausg. vom Großen Generalstab, Heft 1, S. 8 u. 40.)

Haugwitz, Feldmarschall Möllendorf und dem Herzog von Braunschweig, isoliert gegenüber. Am 19. Oktober versicherte Haugwitz dem General Duroc, der König wolle vor allem den Frieden mit Frankreich erhalten, und wenn Napoleon nur ein wenig Entgegenkommen zeige, werde eine Verständigung leicht zustande kommen. Und Möllendorf eröffnete dem Chevalier de Bray, er sei gewiß, wenn Napoleon einen neuen Brief an den König schreibe, worin er sein Bedauern über den Vorfall und den aufrichtigen Wunsch ausdrücke, das gute Einvernehmen mit Preußen zu erhalten, so werde dies den König vollständig zufrieden stellen. Duroc und Laforest wagten jedoch nicht, dem Kaiser diesen Vorschlag zu unterbreiten, und so ersuchte Bray seinen Kurfürsten, er möge Napoleon zu einem solchen Schreiben veranlassen. Kurz, die Aussichten für eine friedliche Beilegung des Konfliktes schienen Mitte Oktober nicht ungünstig zu sein.[1])

Einige Tage später gelang es dem rührigen Gesandten, der in dieser schwierigen Lage ein von Montgelas und dem Kurfürsten rückhaltlos anerkanntes Geschick und Takt an den Tag legte,[2]) sich sogar bei Hardenberg Gehör zu verschaffen. Wider Brays Erwarten[1]) hatte die Zusammenkunft (25. Oktober) einen herzlichen Charakter, wie denn dank Brays bestrickendem Wesen die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern trotz allen preußisch-bayrischen Friktionen stets die denkbar besten gewesen waren. Hardenberg begründete seine feindselige Haltung mit dem Unmut über das Benehmen des Generals Wrede, der bei dem Durchmarsch preußische Magazine gewaltsam erbrochen und Einwohner mißhandelt haben sollte. Bray entschuldigte den Vorfall, so gut er konnte, versprach Genugtuung und übergab dem Minister die Briefe, die der Kurfürst wegen des

[1]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 15./19. Okt.
[2]) M. M. B. P. 1805, Montg. an Bray, 14. Okt.

Durchmarsches an den König gerichtet hatte (und die Hardenberg erst jetzt entgegenzunehmen sich entschließen konnte!). Man sprach hierauf über die allgemeine Lage, über die Vermittlungsvorschläge, die Preußen im Einverständnis mit Rußland Napoleon unterbreiten wollte, und Hardenberg ersuchte Bray, ihm seine Ideen über diesen Punkt in einer Denkschrift auseinanderzusetzen.[1]) Die beiden Staatsmänner schieden scheinbar in bestem Einvernehmen voneinander, die Spannung zwischen Preußen und Bayern schien beseitigt.

Allein diese Audienz war ein Lichtblick in trüber Zeit, auf den sofort langdauerndes Dunkel folgte. Am gleichen Tage traf, von Hardenberg trotz des Königs Widerstreben gerufen, Zar Alexander zum Besuche in Potsdam ein.[2]) Seiner bezaubernden Liebenswürdigkeit gelang, wozu weder Hardenberg noch die Erregung des Augenblicks den König vermocht hatten: Preußen gab seine ängstliche Zurückhaltung auf und trat in der Potsdamer Konvention (3. November) für den Fall auf die Seite der Koalition, daß seine Vermittlungsvorschläge von Napoleon abgewiesen würden.[3]) Das war, wie damals in Berlin üblich, wieder die Politik der halben Maßregeln, die schließlich, weil keine Partei befriedigend, zu einer Entfremdung Preußens mit beiden Lagern führen mußte. Immerhin schien der Potsdamer Vertrag eine Entscheidung mit sich bringen zu sollen, zumal da jetzt mit der Mobilisierung der gesamten preußischen Armee, die bisher nur lässig betrieben worden, Ernst gemacht wurde. Das eigentliche Ziel der preußischen Politik war auch jetzt der Besitz Hannovers, der in dem Vertrag als Preis der Vermittlung in Aussicht gestellt wurde; nebenbei nahm es sich ja recht gut aus, wenn der Staat Friedrichs des Großen die Rolle eines Schiedsrichters unter den

[1]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 24./25. Okt.
[2]) Ranke, Hard. Denkw. I, 531.
[3]) Ranke, Hard. Denkw. I, 532/33.

Mächten übernahm und dem Kontinent den Frieden zurückgab. Glückte diese Anmaßung, dann stieg Preußens Prestige; für den entgegengesetzten Fall sorgte der König, daß die Sache gut ausgehe.

Denn selbst in diesen ernsten Momenten ließ die Regierung die Einheitlichkeit des Vorgehens vermissen. Nur mit äußerstem Widerstreben hatte sich der König zu dem Vertrage von Potsdam herbeigelassen,[1]) und Haugwitz, der einzige, dem er in jenen Monaten sein ganzes Vertrauen schenkte, hatte sich eifrigst bemüht, den tatsächlichen Anschluß Preußens an die Koalition möglichst zu verklausulieren.[2]) Und wenn man infolge von

[1]) Die übereinstimmenden Berichte hierüber bei Hardenberg (Denkwürdigkeiten II, 317) und Lombard (Matériaux 124) werden unwiderleglich illustriert durch folgendes Handschreiben des Königs an General Schulenburg vom 5. November (B. R. 92, Hard. Nachlaß E 6, Vol. II): »Gerne hätte ich in noch engere Grenzen mich eingeschlossen, aber schon die angenommenen konnten nur nach einem langen Kampfe mit der russischen Leidenschaft erzwungen werden, und selbst hier dient leider die traurige Überzeugung mir zum Trost, daß ein Opfer, von dem französischen Kaiser verlangt, zu dem nämlichen Ziele als die gespanntesten Forderungen geführt haben würde.«

[2]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 11. u. 19. Nov. Auf diese Berichte Brays stützt sich die der Wahrheit entsprechende Stelle in Montgelas' Memoiren S. 113 über den Potsdamer Vertrag: »Es stand inzwischen bereits fest, daß alle diese äußerlichen Schaustellungen ebensowenig einen ernstlichen Erfolg haben sollten als so manche andere, welche Europa bereits oftmals vor Augen gehabt hatte. Der König von Preußen war im Grunde dem Krieg ebenso abgeneigt wie im Jahre 1799; er ließ die französischen Agenten durch General Knobelsdorff unter der Hand verständigen, daß alles in Güte beizulegen sei, ging auf verschiedene Anträge des Kaisers Alexander nicht weiter ein, und anstatt zur Unterzeichnung des Allianzvertrages zu schreiten und sofort tätig aufzutreten, veranlaßte er eine abermalige Sendung nach dem Hauptquartier Napoleons.... So zeigte sich denn die Macht der französischen Partei zwar nicht mehr genügend, die Vorbereitungen zum Kriege zu verhindern, aber doch hinreichend, deren Erfolg zu vereiteln. Einen noch bestimmteren Beweis ihres Einflusses gab die Wahl

Hardenbergs Drängen den Vertrag geschlossen hatte, so beeilte man sich, ihn durch möglichst zaudernde Ausführung illusorisch zu machen. Die Mobilisierung wurde aufs denkbar langsamste vollzogen, und da Preußens Vermittlung eine bewaffnete sein, der Unterhändler in Napoleons Hauptquartier also erst anlangen sollte, wenn die Armee kriegsbereit an den Grenzen stehe, so verschob Haugwitz, der mit dieser Mission betraut wurde, seine Abreise unter den nichtigsten Vorwänden um volle zehn Tage und ließ sich vierzehn Tage Zeit, bis er auf dem böhmischen Kriegsschauplatz anlangte.[1]) Endlich wurde die eventuelle Wirkung des Potsdamer Vertrages und der Sendung des Grafen Haugwitz durch einen eigenmächtigen Schritt des preußischen Monarchen völlig abgeschwächt, ja geradezu vereitelt. Der König erteilte — wie kaum mehr zu bezweifeln ist — in der Abschiedsaudienz dem Grafen, wahrscheinlich mündlich, eine geheime Instruktion des Inhalts, Haugwitz solle der Kriegslage entsprechend handeln und, wenn irgend möglich, vor allem den Frieden zwischen Preußen und Frankreich erhalten.

Die durch Lehmanns Scharnhorstbiographie (1886) angeregte Diskussion über die Frage dieser Geheiminstruktion stützte sich bisher auf so wenig Material, daß man auf logische und psychologische Erwägungen angewiesen war, die natürlich zu keinem Beweise ausreichen konnten, meines Erachtens jedoch mehr für als gegen die Annahme dieser Geheiminstruktion sprachen. Das Verhalten des Grafen Haugwitz vom Abschluß der

---

des Abgeordneten ins französische Hauptquartier, welche auf den Grafen Haugwitz fiel, der durch Baron Hardenberg aus dem Ministerium verdrängt worden und fest entschlossen war, sich dafür zu rächen, indem er alle Pläne seines Nachfolgers zum Scheitern brachte.« Die beiden letzten Behauptungen sind freilich trotz der tatsächlichen Gegnerschaft der beiden Staatsmänner sicherlich stark übertrieben.

[1]) Ranke, Hard. Denkw. I, 544.

Potsdamer Konvention bis zum Schönbrunner Vertrag und seiner Rückkehr nach Berlin, das kein Schriftsteller bisher ausreichend erklären konnte, wird durch diese Annahme mit einem Male klar, logisch und einleuchtend. Der Vorwurf schmachvoller Schwäche und Leichtfertigkeit, der sein Andenken bei der Nachwelt entstellt hat, wird damit von ihm genommen und fällt auf die Leitung der preußischen Politik, auf das Kabinett und den König, zurück.

Ein Hauptargument der Gegner dieser Annahme[1]) ist das: eine solche geheime Instruktion stimme zu wenig mit dem Charakter des Königs überein; darin liege eine Lossagung von dem geschlossenen Vertrage und ein Treubruch, dessen Friedrich Wilhelm nicht fähig gewesen sei. Dagegen ist einzuwenden: Der König war allerdings ein rechtlich denkender, vor allem aber ein schwacher, zaghafter Mensch, der nur schwer einen Entschluß fassen, noch schwerer ihn kraftvoll durchführen konnte. Er war gegen seinen Willen und gegen seine Neigung zum Abschluß der Potsdamer Konvention gedrängt worden, blieb aber dennoch von der Richtigkeit seiner friedlichen Neutralitätspolitik überzeugt und suchte daher, vom Banne der Persönlichkeit des Zaren Alexander befreit, sofort wieder in diese Bahn einzulenken. Seine »Treulosigkeit« ist daher menschlich begreiflich und nur für die überraschend und unglaublich, die in ihm durchaus einen moralisch unantastbaren Prinzipien- und Tugendhelden sehen wollen. Als ob der Mensch in allen Lagen immer derselbe sein könnte und allein Charakter und Grundsätze sein Handeln bestimmten! Der König hat übrigens nachher mehrmals, so durch seinen Rückversicherungsvertrag mit Rußland und höchstwahrscheinlich durch seine Instruktion an York vor der Konvention von Tauroggen

[1]) Kieseritzky, Die Sendung von Haugwitz nach Wien, Göttingen 1895, S. 21, und Hüffer, Die Kabinettsregierung in Preußen, Leipzig 1891, S. 177 Anm.

bewiesen, daß er solch einer Handlungsweise wohl fähig war. Aber das Argument ist überhaupt falsch, da eine Tatsache, die erst bewiesen werden soll, nämlich die Vertragstreue des Königs, als Beweismittel verwendet wird.

Daß von preußischer Seite nie Aufklärung gegeben wurde, ist selbstverständlich. Dem Grafen Haugwitz, als königstreuem Staatsdiener, mußte es eine heilige Pflicht sein, das Geheimnis seines Königs zu bewahren. Als er seine Memoiren veröffentlichte (1837), lebte dieser Monarch noch. In seiner Denkschrift über den Schönbrunner Vertrag (vom 26. Dezember, Hard. Denkw. V, 223 ff.) sagt Haugwitz, er stelle es dem König anheim, wenn ihm der Vertrag mißfalle, ihn zu desavouieren und den Interessen des Staates zu opfern. Sicher ist es ihm damit Ernst gewesen. Er war fest überzeugt, wenn nicht gegen den Staat, so doch gegen den Monarchen seine Pflicht vollständig erfüllt zu haben. Andererseits konnte Friedrich Wilhelm einen Mann nicht opfern, der um seinetwillen geradezu seine Ehre, wenigstens Hardenberg und Rußland gegenüber, aufs Spiel gesetzt hatte. Das erklärt die Stelle bei Hardenberg (Denkw. II, 387): »Den König zu einer entschiedenen Maßregel gegen den Grafen Haugwitz und zur Absendung eines anderen Abgesandten an den Kaiser Napoleon mit bestimmten Instruktionen zu bringen, war indessen eine Unmöglichkeit.«

Das Material für die Annahme einer Geheiminstruktion bestand bisher aus folgenden Äußerungen Hardenbergs in seinen Denkwürdigkeiten:

II, 343. »Auch ein Stück, welches er (Haugwitz) ohne Unterschrift aus der Feder des Geheimen Kabinettsrats Lombard mitnahm, kann man als eine Instruktion für ihn betrachten. Die geheimeren kamen nicht zum Vorschein, es sei, daß sie ihm Lombard oder Köckeritz oder gar der König selbst gab.«

II, 343. »Er hatte sich freie Hand vorbehalten, was auch richtig war, vorausgesetzt, daß der Traktat die vornehmste Regel seiner Handlungsweise blieb.«

II, 345. Eine Stelle in dem von Lombard für Haugwitz verfaßten Begleitschreiben für Napoleon vom 12. November, die nach Hardenbergs Ansicht Lombard absichtlich eingeschoben hat: »J'ai fait choix du comte de Haugwitz pour cet acte d'intime confiance, parceque je n'ai pas de pensée secrète pour lui«, die durch die Annahme einer mündlichen Geheiminstruktion erst wirklich bedeutungsvoll wird.

II, 386. »Der König war äußerst unzufrieden mit dieser Wendung der Dinge, denn so gern er mit Frankreich in Frieden geblieben wäre und obgleich er vielleicht, um dieses zu erreichen, sich der Kabale und dem Grafen von Haugwitz heimlich hingegeben hatte, während er öffentlich fest bei dem angenommenen System bleiben zu wollen schien, so war er doch« usw.

V, 235. In einer Anmerkung zu Haugwitz' Bericht über die Schönbrunner Verhandlungen: »Le roi n'avait rien prescrit au comte Haugwitz, au moins pas par écrit.«

V, 241. Zweite Anmerkung Hardenbergs zu diesem Bericht: »Je parierais que nous serions parvenus à faire un autre traité, si le roi conservant son armée sur pied et lui ayant fait prendre les positions nécessaires, avait éloigné le comte Haugwitz de sa présence pour avoir agi diamétralement contre ses ordres — du moins apparents —« usw.

Ferner stützte sich diese These auf eine Stelle in Laforests Depesche an Talleyrand vom 5. Januar 1806 (Bailleu II, 430). Haugwitz habe ihm gesagt: »Fort de la confiance du roi et tenant de sa bouche même pour instruction privée, qu'il devait dans tous les cas assurer

la paix entre la Prusse et la France, il avait signé à Vienne hardiment un traité« usw. Diese Mitteilung wiederholte Laforest in einem Schreiben an General Duroc vom 4. Februar 1806 (abgedruckt in Hardenbergs Denkwürdigkeiten II, 449): »Auriez-vous pensé que le surlendemain du jour où vous preniez congé, on arracherait la signature du roi à une convention avec la Russie? — Mais le roi s'est conduit admirablement. Monsieur de Haugwitz est parti avec son secret.«

Hierzu treten nun als neues Material die Berichte des bayrischen Gesandten Bray aus dieser Zeit, die sämtlich die nämliche Auffassung vertreten. Der Chevalier de Bray war durchaus kein Phantast. Er verstand es ausgezeichnet, sich selbst über die geheimsten Vorgänge sichere Kunde zu verschaffen. Seine Berichte aus den Jahren 1802—1807 zeigen ihn glänzend orientiert, und wo er einmal auf Mutmaßungen angewiesen war, erwiesen sie sich dank seiner gründlichen Kenntnis der Verhältnisse und seines Divinationsvermögens fast ohne Ausnahme als richtig. Auch hütete er sich, Gerüchte oder Behauptungen, die ihm nicht sicher begründet erschienen, in bestimmter Form wiederzugeben. Aus seinen Berichten (M. M. B. P. 1805) seien nun folgende Stücke angeführt, die die Annahme einer Geheiminstruktion des Königs zu stützen geeignet sind.

1. Bericht vom 19. November über den Potsdamer Vertrag: Des personnes qui ne peuvent qu'être certainement instruits, assurent que les engagements contractés par la Prusse sont purement éventuels et tellement conçus, qu'il dépendra de l'habilité du négociateur et de sa bonne volonté de donner aux affaires telle ou telle direction. L'essentiel sera donc de capter les bonnes dispositions du comte de Haugwitz qui est parti pénétré des meilleures intentions et qui sait d'ailleurs qu'en évitant la guerre à la Prusse il agira dans le sens de son souverain,

2. Bericht vom 30. November über einen Besuch, den die Prinzessin La Tour ihm machte: Elle a confirmé toutes mes nouvelles. Le roi a été entraîné malgré lui. S'il peut éviter la guerre, il le fera. Il est lié, à la vérité, mais non pas d'une manière absolue et positive, et Haugwitz paraît avoir le secret du roi.... J'ai marqué dans le temps que Haugwitz irait lentement pour donner aux événements le temps d'avancer..... La princesse La Tour m'a avoué que quand elle avait vu envoyer Haugwitz, elle s'était doutée, «qu'il y avait un peu de paix là dedans» (ce sont leurs propres paroles).

3. Bericht vom 10./11. Dezember: Je le répète, Haugwitz et Lombard ont le secret du roi.... Le roi reste calme au milieu de toutes ces agitations et désire ardemment la paix.

4. Montgelas schloß sich der Ansicht Brays vollkommen an. Das ist insofern wichtig, als Montgelas oft neben seinen Gesandten noch geheime Agenten zu unterhalten pflegte, durch die er sich über intime Details zu informieren wußte. Sollte dies hier nicht der Fall sein und Montgelas bloß nach Brays Berichten sich die Ansicht von einer Geheiminstruktion des Königs gebildet haben, so bleibt es immerhin bemerkenswert, daß ein so kritischer Kopf wie Montgelas sich dieser Ansicht anschloß. Er schreibt, nachdem er vom Schönbrunner Vertrag unterrichtet ist, an Bray 27. Dezember: Il n'est presque pas douteux que d'après les pouvoirs étendus dont il (Haugwitz) était muni et les instructions particulières que le roi lui avait données, le parti pacifique ne l'emporte.

5. Endlich aber — und dies dürfte das beweiskräftigste Stück sein — besitzen wir von Brays Hand eine Denkschrift über die Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich vom Potsdamer Vertrag bis zum Ausbruch

des Krieges im Herbst 1806. Bray pflegte öfter am Ende einer bedeutsamen Epoche in Form von Denkschriften eine knappe, nüchterne Darstellung der Epoche zu geben, in der er mit gründlicher Sachkenntnis und mit Geschick aus dem Wirrwarr der diplomatischen Verhandlungen, Kombinationen und Gerüchte den Kern des Tatsächlichen herausschälte. Er erweist sich in diesen Denkschriften als ein Bearbeiter der Zeitgeschichte, der nur selten durch die umfassenderen archivalischen Kenntnisse der Gegenwart berichtigt werden muß. Diese Denkschrift »Examen de la position respective de la France et de la Prusse depuis la fin de 1805, écrit à Berlin en septembre 1806« liegt seinem Bericht an Montgelas vom 4. Oktober 1806 bei. Sie enthält folgende Darstellung der Epoche des Potsdamer Vertrags:

Alexandre vint lui-même s'efforcer d'attacher la Prusse à ses intérêts. Le roi et quelques personnes sages luttaient contre cette inconséquente impulsion; cependant l'entraînement était tel que le 3 Novembre un traité conditionnel fut signé entre la Prusse et la Russie et qu'ainsi la Prusse se trouva de fait rangée sur la ligne des puissances coalitionnaires.

A la vérité le roi et le petit nombre de ses conseillers qui avaient combattu et modifié ces mesures, s'occupèrent sérieusement d'en attenuer ou même d'en annuller l'effet. Le comte de Haugwitz partit pour le quartier général de l'empereur Napoléon avec des pleinpouvoirs suffisants pour traiter suivant les occurrences et avec le secret du roi.

Bray hätte hier, ein Jahr nach jenen Ereignissen, sicherlich den Ausdruck »avec le secret du roi« nicht angewandt, wenn er seiner objektiven Wahrheit nicht sicher gewesen wäre. Und nachdem er seit April 1806 mit Haugwitz aufs freundschaftlichste verkehrt hatte,

ist die Annahme sehr wahrscheinlich, daß er aus des Grafen eigenem Munde die Bestätigung dieser Tatsache erhalten hat.

Es liegen demnach drei voneinander völlig unabhängige, inhaltlich übereinstimmende Quellen über die Tatsache vor, daß der König in dem Bestreben, sein Reich um jeden Preis vor dem Kriege zu bewahren, entgegen dem Potsdamer Vertrage seinem Gesandten eine mündliche Instruktion erteilt hat. Damit dürfte vielleicht diese Tatsache aus dem Bereich des Zweifels gehoben und die langjährige Kontroverse darüber abgeschlossen sein. —

Waren also die Aussichten für die Zukunft mit Recht als friedliche zu bezeichnen, so hatte für den Augenblick doch die von Hardenberg geführte Kriegspartei den Sieg davongetragen und der Koalition zum mindesten die moralische Unterstützung Preußens verschafft. Seine vornehmste Stütze fand Hardenberg im Laufe der nächsten Wochen in der Königin Luise, die, hingerissen durch die glänzende Persönlichkeit des Russenherrschers und seine schönen Worte, ihre bisherige Zurückhaltung aufgab und offen die Kriegslust schürte.[1]) Die Folgen hievon waren besonders für Bayern schmerzlich. Hardenberg kehrte, auch hierin von der Königin lebhaft unterstützt, seine feindselige Gesinnung gegen diesen ehemaligen Schutzstaat Preußens wieder aufs schroffste hervor und brach den Verkehr mit Bray vollständig ab.[2])

Am bayrischen Hofe hatte man sich von dem ersten Schrecken über den drohenden Bruch mit Preußen bald wieder erholt. Montgelas ließ sich durch die Ereignisse nicht verblüffen; auch das Unerwartete wußte er seinen Ideen dienstbar zu machen, und so erblickte er in dem Ansbacher Zwischenfall, so unangenehm er ihm momentan gewesen, eine neue Möglichkeit, seinen fränkischen Ar-

[1]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 5. Dez.
[2]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 2., 5., 9., 19. Nov.

rondierungsplan zu verwirklichen. Er hatte die fränkische Frage eben auf diplomatischem Wege wieder aufzurollen beabsichtigt;[1]) das war nun durch die Neutralitätsverletzung in gewaltsamer, aber wirkungsvollerer Weise geschehen und war seinen Plänen in letztem Grunde nur förderlich. Noch ehe er von den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz unterrichtet war, sah er bereits voraus, daß Preußen irgend eine Sühne für den Ansbacher Vorfall fordern werde — wahrscheinlich den so lange erstrebten Besitz Hannovers. Er veranlaßte daher den französischen Gesandten Otto, bei Napoleon die Abtretung Hannovers an Preußen anzuregen.[2])

Daß Napoleon dieses Land nicht umsonst hergeben werde, war selbstverständlich. Man konnte dafür ein Arrangement in Franken erwarten, bei dem in irgend einer Weise Bayerns Interessen berücksichtigt werden mußten. Gleichzeitig betraute Montgelas den bisherigen Gesandten in Wien, Baron von Gravenreuth, mit einer außerordentlichen Mission an das kaiserliche Hauptquartier: er sollte während des Feldzuges die Interessen Bayerns beim Kaiser nachdrücklich geltend machen.[3]) Im Allianzvertrag zwischen Frankreich und Bayern war ausbedungen worden, daß Bayern die Unterwerfung der Reichsritterschaft vollenden und eine Entschädigung für Eichstätt erhalten solle; hiefür erschienen die Reichsstädte Nürnberg und Augsburg geeignet. Diese Punkte sollte Gravenreuth vornehmlich im Auge behalten; bald jedoch fand er Gelegenheit, über seine Instruktion hinausgehend, Bayerns territoriale Interessen in weit ausgedehnterem Maße wahrzunehmen und Montgelas' Pläne ihrer Verwirklichung näher zu bringen.

---

[1]) Vgl. S. 28/29.

[2]) M. M. B. P. 1805, Montgelas an Bray, 11. Okt.

[3]) M. Pol. Arch. Nr. 9: Mission extraordinaire au grand quartier général impérial français 1805, Instruktion für Gravenreuth, 12. Okt.

Napoleon hatte inzwischen in München Kunde von den Vorfällen in Berlin und dem Beschluß der Potsdamer Konferenz erhalten. Das Betragen des Berliner Hofes versetzte ihn in die größte Empörung und rief in ihm den Gedanken wach, mit Österreich auf der Stelle Frieden zu schließen und sich mit seiner gesamten Macht auf Preußen zu werfen; doch wollte er erst eine entschiedene Erklärung des Berliner Hofes abwarten.[1]) In Wirklichkeit war seine Lage damals nicht glänzend. Die russische Armee hatte sich eben mit der österreichischen vereinigt; die Streitkräfte, die ihm momentan zur Verfügung standen, waren nicht darauf berechnet, mit einer dritten Macht den Kampf aufzunehmen, die ihn in der Flanke mit 180 000 Mann bedrohte. Daher hütete er sich, durch schroffes Vorgehen es völlig mit Preußen zu verderben. General Barbou, der die Okkupationsarmee in Hannover befehligte, erhielt die Weisung, wenn er von den preußischen Truppen angegriffen werde, sich nur auf die Defensive zu beschränken.[2]) Dem Gedanken, Hannover an Preußen auch jetzt, wo an eine Allianz nicht mehr zu denken war, zu überlassen, stand er nicht ablehnend gegenüber; aber freilich konnte dies nur durch einen Vertrag geschehen, der ihm gewisse Garantien bot. Und hier setzte Gravenreuth den Hebel an, um Montgelas' Wunsch einer Vereinigung ganz Frankens unter bayrischer Herrschaft zu verwirklichen. In einer Unterredung mit Napoleon bemerkte er, ein vortreffliches Mittel, alle Händel mit Preußen zu beseitigen, bestände darin, ihm Hannover als Depot zu überlassen und dafür die fränkischen Fürstentümer, ebenfalls als Depot, zu besetzen. Der Kaiser erwiderte trocken »C'est vrai«, ging aber nicht näher auf diesen Gedanken ein.[3]) Doch benützte Gravenreuth

[1]) M. Pol. Arch. Nr. 9, Ber. Grav., 25. Okt.
[2]) M. M. B. P. 1805, Montg. an Bray, 10. Nov.
[3]) Bitterauf, Geschichte des Rheinbunds I, 206.

in Zukunft jede Gelegenheit, den Kaiser mit dieser Idee zu befreunden.

Montgelas und Hardenberg betrachteten die augenblickliche Spannung als geeignet, den diplomatischen Kampf um die Vorherrschaft in Franken zum Austrage zu bringen. So sehr sich Montgelas auch bemühte, den Konflikt mit Preußen beizulegen und auch die Stimmung im französischen Hauptquartier zu besänftigen,[1]) an eine Wiederherstellung der früheren intimen Beziehungen zwischen dem preußischen und bayrischen Hofe war nicht zu denken, nachdem Bayern sich so entschieden unter den Schutz der französischen Adler begeben hatte. Unter diesen Umständen war Preußens süddeutsche Stellung für Bayern eine Last, ja eine Gefahr, die um jeden Preis beseitigt werden mußte. Sie hinderte nicht nur die Schöpfung eines geschlossenen großbayrischen Staates, sondern auch die Bewegungsfreiheit der bayrischen Politik. Eine fundamentale Neugestaltung der deutschen Verhältnisse würde, darüber bestand allgemein kein Zweifel, die Folge dieses Krieges im Falle des Sieges der französischen Waffen sein. Dabei sollte Bayern eine Machtfülle erlangen, die ihm als erstem der deutschen Mittelstaaten eine annähernd ebenbürtige Stellung neben den deutschen Großmächten gewährleistete. Hiezu war die Herstellung einer Landbrücke zwischen Altbayern und den fränkischen Besitzungen und womöglich die völlige Verdrängung Preußens aus Süddeutschland eine unerläßliche Vorbedingung, der zuliebe Montgelas, wie von jeher, gerne bereit war, das entlegene Herzogtum Berg zu opfern. Er setzte die Federn der Publizisten in Bewegung, um diesen Ideen Eingang zu verschaffen.

---

[1]) Er veranlaßte, Brays Anregung folgend (vgl. S. 46), den Kurfürsten, Napoleon die Absendung eines zweiten Entschuldigungsschreibens an den König zu empfehlen (23. Okt.). Doch ließ sich Napoleon nicht darauf ein. M. M. B. P. Montg. an Bray, 23. Okt., Beilage.

Bereits wenige Wochen nach dem Ansbacher Zwischenfall erschienen zwei Flugschriften, deren Verfasser der höheren bayrischen Beamtenschaft angehörten. In der einen wurde gegen Abtretung des Herzogtums Berg an Preußen die Überlassung ansbachischen und bayreuthischen Gebietes verlangt, um eine vollkommene Verbindung mit den Fürstentümern Bamberg und Würzburg herzustellen.[1]) Wesentlich ausgedehnter und schärfer präzisiert waren die Forderungen, die der Amberger Landesdirektionsrat Freiherr von Aretin erhob.[2]) Er äußerte unverhüllt, Bayern müsse außer dem Innviertel und dem österreichischen Schwaben womöglich den völligen Besitz beider Markgrafschaften erstreben; es müßten sich doch Mittel und Wege finden lassen, Preußen in Niedersachsen (womit er auf Hannover anspielte) oder sonstwo eine mehr als ausreichende Entschädigung für die beiden isolierten Fürstentümer zu verschaffen. Wenn es unmöglich sein sollte, beide Provinzen sich zu eigen zu machen, so müsse Bayern vorzüglich auf Erwerbung des Fürstentums Ansbach und des Bayreuther Unterlandes an der Aisch (also des reichsten Teiles) bedacht sein. Hierzu besitze es selbst in dem Herzogtum Berg, das seiner politischen Lage gar nicht angemessen sei, ein günstiges Tauschmittel. Dadurch und durch das Nürnberger Gebiet erhalte Bayern die unmittelbare Verbindung mit Franken, und das Bayreuther Oberland sei dann eher entbehrlich. Bayern würde damit aufhören, an zwei mächtige und gefährliche Nachbarn zu grenzen, und wenigstens von einer Seite ruhiger atmen können.[3])

[1]) Von den höchsten Interessen des Teutschen Reiches, mit besonderer Rücksicht auf den Einfluß, welchen Bayern gegenwärtig auf jene behauptet. Heilbronn 1806. Die Jahreszahl ist vordatiert. Abgedr. in Haeberlins Staatsarchiv, XIV. Band, 4. Heft, S. 443.

[2]) Das Staatsinteresse Bayerns bei dem dritten Koalitionskriege. Im Oktober 1805. Abgedr. in Haeberlins Staatsarchiv, XV. Band, 1. Heft.

[3]) Haeb. Staatsarch., XV. Bd., S. 11/12.

Außerdem mußte — darüber bestand schon seit dem Ausbruch des Krieges nur eine Meinung — Eichstätt an Bayern kommen, das ihm ja schon von der Reichsdeputation zugedacht worden war und auf dessen mehrmals versprochenes Äquivalent es bis dahin vergeblich hatte warten müssen.[1]) Klipp und klar waren hier die Grundzüge von Montgelas' Politik aufgedeckt.

Aber selbst in den eigenen Reihen stieß der Minister auf Widerspruch. Ein »bayerischer Patriot« fühlte sich bemüßigt, in einer Gegenschrift den kleinbayrischen Standpunkt zu verfechten.[2]) Unmöglich könne er sich von der Wahrheit des Gerüchtes überzeugen, daß »unser Ministerium solche ausschweifenden Projekte« hege und daß es an der Erscheinung der Aretinschen Schrift selbst Anteil habe. »Wir können,« schrieb er mit starker Übertreibung, »keine europäische Machtpolitik treiben, dazu brauchten wir ein starkes Heer und drückende Steuern, würden außerdem doch die Vasallen Frankreichs bleiben.« Das war ja richtig vorausgesehen; aber unter den obwaltenden Umständen gab es für Bayern keinen anderen Weg, um seine absolute politische Abhängigkeit abzustreifen. Jener Patriot aber schlug, unbeirrt durch die Erfahrungen der letzten hundert Jahre, Freundschaft und Gebietstausch mit Österreich vor. Eichstätt und die schwäbischen Besitzungen solle Bayern nehmen, dagegen das rechte Innufer und die Stadt Passau an Österreich abtreten, »um alle Veranlassung künftiger Zwietracht und Eifersucht auf immer zu entfernen.« Und da er die Notwendigkeit einer Verbindung mit Franken doch nicht leugnen konnte, so ließ er sich herbei, den Tausch von Berg gegen einen »verhältnismäßigen Anteil« von Ansbach

---

[1]) Haeb. Staatsarch., XV. Bd., S. 17.

[2]) Das Staatsinteresse von Bayern bei den dermaligen Friedensunterhandlungen. Von einem bayerischen Patrioten. Dez. 1805. Abgedr. in Haeb. Staatsarch., XV. Bd., 1. Heft.

zu befürworten.[1]) Die Schrift ist bemerkenswert als Symptom des Widerstandes, den Montgelas mit seinen großzügigen Plänen im eigenen Lager zu überwinden hatte und den die manchmal verzagte Haltung des schwankenden und leicht zu beeinflussenden Kurfürsten[2]) nicht selten verstärkte.

Anfang November hatte der Kurfürst auf wiederholte Einladung hin mit Napoleon eine Zusammenkunft in Linz. Es wurde beschlossen, daß Bayern die Unterwerfung der Reichsritterschaft und der Deutschordensenklaven schon jetzt in Angriff nehmen solle.[3]) Montgelas war zugegen und überzeugte sich von Napoleons Erbitterung gegen Preußen, die seinen Plänen günstig war. »Ich bin Korse,« sagte der Kaiser im Eifer des Gesprächs zu dem bayrischen Staatsmann, »und ich behalte mir eine Vendetta (Rache) vor.«[4]) Noch unmittelbar vor der Schlacht von Austerlitz erwog Napoleon Gravenreuth gegenüber den Gedanken, Österreichs Friedensvorschläge anzunehmen, die ihm den Besitz Venetiens gebracht hätten, und sich mit Preußen auseinanderzusetzen. In diesem Falle könne er aber Bayern die Vergrößerung, die er ihm bei Beginn des Krieges in Aussicht gestellt, nicht verschaffen. Der Gesandte bemerkte hierauf, dann sei es unbedingt nötig, Franken mit Bayern zu vereinigen, insbesondere Eichstätt und Nürnberg. Zusammen mit der Unterwerfung der Reichsritterschaft, der kaiserlichen Post, des Deutschen Ordens und der Stadt Augsburg, die Napoleon auch im Falle des sofortigen Friedens mit Österreich durchzusetzen entschlossen war, seien das für einen dreimonatigen Krieg genug Erwerbungen. Der

[1]) Haeb. Staatsarch., XV. Bd., S. 27.

[2]) B. R. XI 33 Fasz. 191, Ber. Schladens (Charakteristik des Kurfürsten), 23. Okt.

[3]) Bitterauf, Gesch. d. Rheinbundes I, 225.

[4]) M. M. B. P. 1805, Montg. an Bray, 1. Dez. »Il m'a dit qu'il était Corse et qu'il lui conservait une vendetta.«

Kaiser zeigte sich diesem Vorschlag nicht abgeneigt; ceci pourra aussi s'arranger, erwiderte er; aber einen definitiven Bescheid vermochte er in diesen kritischen Tagen nicht zu geben.[1])

Mit der Unterwerfung der Reichsritterschaft und des Deutschen Ordens, soweit ihre Gebiete innerhalb der bayrischen Grenzen lagen, hatte Montgelas bereits den Anfang gemacht, ohne aber viel zu erreichen.[2]) Infolge des Mangels an Truppen, vor allem an Kavallerie, vermochte er dem Unterwerfungsdekret keinen Nachdruck zu verleihen[3]). Ferner stieß er auf die geheime Gegnerschaft der preußischen Behörden in Franken. Diese bestärkten unter Verleugnung ihrer früher beobachteten Prinzipien die Ritterschaft in ihrem Widerstand, verhießen ihr den Schutz Preußens und waren überhaupt in eifriger Wühlarbeit bestrebt, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der bayrischen Verwaltung nach Kräften zu schüren.[4])

Gleichzeitig suchte Preußen den Reichstag gegen die Übergriffe der drei süddeutschen Staaten in die Schranken zu rufen. Es fand bei Dalberg, dem Herold der alten Reichsherrlichkeit, lebhafte Unterstützung,[5]) bis Napoleons Drohung, Dalberg werde Regensburg einbüßen, wenn er noch weiter als Anwalt der deutschen Rechte auftrete, ihn verstummen ließ und damit den Reichstag lahm legte.[6]) Immerhin sah sich Montgelas durch Preußens feindselige Haltung veranlaßt, die Maßnahmen gegen die Reichsritterschaft einzustellen.

---

[1]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Ber. Gravenreuths, 27. Nov.

[2]) B. R. XI 94a Fränk. Kreis, Nr. 9 D, Bericht Schuckmanns 19. u. 27. Nov.

[3]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Montg. an Grav., 2. Dez. u. 13. Dez.

[4]) M. M. B. P. 1805, Montg. an Bray, 10. Dez.

[5]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Montg. an Grav., 13. Dez.

[6]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Ber. Grav., 14. Dez.

Die Aufstellung einer Armee von 60 000 Mann im Bayreuther Oberland schien keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Preußen die Eroberung des bayrischen Franken beabsichtige. Aus dieser Befürchtung, von der mit dem Kurfürsten der ganze Münchener Hof erfaßt war, machte man dem preußischen Gesandten kein Hehl; sie war die Ursache, warum man ihn mit derselben Kälte behandelte, deren sich Bray in Berlin zu erfreuen hatte.[1]) Man traf bereits Anstalten für einen eventuellen Krieg in Franken. Die Festungen Würzburg und Forchheim wurden instand gesetzt, ihre Besatzung erhöht, große Vorräte bei Weißenburg, in Kitzingen, Ochsenfurth und Forchheim aufgestapelt, neue Truppenaushebungen vorgenommen und im bayrischen Franken eine Zwangsanleihe ausgeschrieben, da eine reguläre Anleihe keinen Erfolg gehabt hatte.[2]) Diese Maßnahmen, denen ähnliche von seiten der preußischen Behörden vorangegangen waren, bestärkten natürlich die fränkische Bevölkerung in ihrer Kriegsangst. Daß in Franken eine Änderung des Besitzstandes eintreten werde, davon waren alle überzeugt, auch die, die nicht an das Schreckgespenst eines drohenden preußisch-bayrischen Krieges glaubten. Als Napoleon das Korps Augereau zur Verstärkung des Neyschen Korps von Frankfurt nach Bayern beorderte, war man allgemein, Schladen nicht ausgenommen, der Ansicht, seine Bestimmung sei, Ansbach für den bayrischen Kurfürsten zu besetzen.[3])

So weit war man noch nicht; trotz allen Rüstungen blieb Montgelas der Zuversicht, daß sich Preußen mit

[1]) B. R. XI 33 Fasz. 192, Ber. Schladens, 28. Nov. u. 6. Dez.

[2]) B. R. XI 94a Fränk. Kreis, Nr. 9 D, Ber. Schuckmanns, 29. Nov., 6. u. 23. Dez. — M. Pol. Arch., Nr. 9, Montg. an Grav., 12. Dez.

[3]) B. R. XI 33 Fasz. 192, Ber. Schladens, 28. Nov. — R. XI 94a Fränk. Kreis 9 C, Bericht Hänleins, 16. Dez., Nr. 9 D, Ber. Schuckmanns, 29. Nov.

Frankreich friedlich verständigen werde. Von dieser Verständigung sollte auch Bayern Nutzen ziehen. Eben in jenen Tagen verhandelte Talleyrand mit Gravenreuth über ein dauerndes Schutz- und Trutzbündnis zwischen Frankreich und Bayern. Montgelas ging darauf bedingungsweise ein. Die Integrität des pfalz-bayrischen Territoriums sollte aufrechterhalten werden. Ferner mußte Bayern die versprochene Entschädigung für Eichstätt, die Reichsstädte Augsburg und Nürnberg, erhalten. Preußen, das nach dem Geheimartikel des Hauptlandesvergleichs ebenfalls Ansprüche auf Nürnberger Gebiet hatte, sollte durch Hannover, wenn nötig noch Schwedisch-Pommern oder Mecklenburg, zum Verzicht bewogen werden. Endlich wollte Montgelas um jeden annehmbaren Preis, sei es nun für Berg oder sogar für Würzburg, das Fürstentum Ansbach erwerben.[1])

Am 2. Dezember errang Napoleon bei Austerlitz den entscheidenden Sieg über die verbündeten Armeen. Diese Tatsache, deren Kunde freilich erst nach acht Tagen in Berlin und München anlangte, schuf Ordnung in dem Chaos von wirren Gerüchten, Vermutungen, Hoffnungen und Befürchtungen, das seit Wochen Kabinette und Völker in drückender Beklemmung erhalten hatte. Der Friede mit Österreich stand unmittelbar in Aussicht. Man erwartete, daß unter dem Eindruck dieser Ereignisse auch Graf Haugwitz, der kurz vor der Schlacht bei Napoleon eingetroffen, von ihm aber nach Wien an Talleyrand verwiesen worden war,[2]) sich zu einem friedlichen Arrangement werde bereitfinden lassen.

Montgelas fürchtete zwar, daß Rußland alle Hebel in Bewegung setze, um Schweden, Dänemark, Preußen und ganz Norddeutschland zu einem nordischen Kriege gegen Napoleon hinzureißen. Doch hoffte er, der Sieg

[1]) Bitterauf, Gesch. d. Rheinbunds I, 227.
[2]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Ber. Grav., 4. Dez.

von Austerlitz werde im Verein mit Preußens natürlicher Friedensneigung hinreichen, es zu beschwichtigen.[1]) Napoleon scheint diese Befürchtung geteilt zu haben. Denn so sehr er Gravenreuth zum Abschluß des Allianzvertrags drängte, um damit auf Österreich bei den Friedensverhandlungen einen Druck auszuüben, so wollte er doch von Bayerns fränkischen Aspirationen nicht das mindeste hören, um Preußen nicht noch mehr zu reizen: eine herbe Enttäuschung in dem Moment, wo man sich dem Ziele nahe glaubte.[2]) Doch der Gesandte hatte keine Wahl. Obwohl ohne Instruktion für einen so bedeutungsvollen Akt, da Napoleon ihm nicht Zeit ließ, bei Montgelas anzufragen, unterzeichnete er am 10. Dezember den Brünner Vertrag und nahm tapfer die schwere Verantwortung auf sich. Er handelte damit ganz im Sinne seines Meisters Montgelas, der ihm in seinen Memoiren das Lob spendet, er habe dem Lande einen bedeutenden Dienst geleistet.[3])

Bayern wurde zum souveränen Königreich erhoben und um die österreichischen Besitzungen in Schwaben und Vorarlberg, die Grafschaften Hohenems, Tettnang, Argen, Königseck-Rothenfels und Isny, die Stadt Augsburg, die Fürstentümer Lindau, Passau und Eichstätt vergrößert.[4]) Diese letzte Erwerbung, die man längst ersehnt, doch auch jetzt nicht erhofft hatte, verstärkte Bayerns Stellung in Franken; sie schuf die Verbindung zwischen Oberpfalz und Neuburg und schloß den Ring, mit dem Bayern die preußischen Fürstentümer umklammert hielt. Der Kurfürst freilich, der, vorher kleinmütig bis zur Verzagtheit, nach Austerlitz seine Erwartungen auf die Spitze getrieben hatte, war mit dem Erreichten unzufrieden. Allein Gravenreuth wies seine Beschwerde

[1]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Montg. an Grav., 10. u. 12. Dez.
[2]) Bitterauf, Rheinbund I, 236.
[3]) Bitterauf, Rheinbund I, 236. Montg. Memoiren, S. 119.
[4]) Bitterauf, Rheinbund I, 236.

mit Entschiedenheit zurück: »Wenn man Euer Majestät im Juli gesagt hätte, daß Sie in acht Monaten alle Vorteile haben würden, die der Brünner Vertrag Ihnen sichert, würden Sie es nie geglaubt haben. Der Vertrag ist also vorteilhaft und mehr, als man erwarten konnte.«[1])

Ähnliche Verträge wurden gleichzeitig mit Württemberg und Baden abgeschlossen. So hatte sich Napoleon für die Friedensverhandlungen mit Österreich, mit deren Führung er Talleyrand betraute, eine feste, unerschütterliche Grundlage geschaffen. Er selbst begab sich nach Wien, um dort mit Preußen ins reine zu kommen.

Graf Haugwitz hatte sich zu seiner Reise, nach der fast einstimmigen Überzeugung aller mit Absicht, sehr viel Zeit gelassen.[2]) Wenige Tage vor Austerlitz in Napoleons Hauptquartier angelangt, hatte er sich in seiner ersten Unterredung mit dem Kaiser auf allgemeine Redensarten über Preußens Vermittlungsabsichten beschränkt, ohne von dem Zweck seiner Sendung im Sinne des Potsdamer Abkommens etwas verlauten zu lassen. Der Aufforderung Napoleons, da eine Schlacht bevorstehe, sich seiner Sicherheit halber nach Wien zu begeben, hatte er anstandslos Folge geleistet. Offenbar begegneten sich beide in dem Wunsche, erst die Ereignisse sprechen zu lassen, bevor sie an die Erledigung der schwebenden Fragen gingen. In Wien hatte der Graf von seiner franzosenfreundlichen Gesinnung kein Hehl gemacht; die Kunde von Austerlitz hatte er mit einem freudigen Aufatmen der Erleichterung begrüßt, kurz, seine ganze Haltung hatte nur friedliche Gesinnungen erkennen lassen, die er und, wenn nicht sein Hof, so doch sein Monarch für Frankreich hegten.[3])

---

[1]) M. Ministerialakten III, Österreich 10, 1805. Ber. Grav. 20. Dez.

[2]) Bitterauf, Rheinbund I, 237.

[3]) Ranke, Hard. Denkw. V, 190. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, S. 206, 208, 212.

Daß man auch in Berlin nach Austerlitz die Friedensliebe immer energischer betonte, konnte Haugwitz nicht wissen. Offiziell hatte man freilich, insbesondere Rußland gegenüber, den Potsdamer Vertrag streng aufrecht erhalten. Der Kriegsrat, der unmittelbar nach Eintreffen der Nachricht berufen wurde (10. Dezember), beschloß den Vormarsch der preußischen Truppen nach Böhmen.[1]) Doch Lombard, der auf des Königs Befehl an der Sitzung teilnahm, erklärte sich, der Zustimmung des Monarchen gewiß, ganz energisch gegen das System eines Krieges mit Frankreich;[2]) und als ausführliche Nachrichten von der Katastrophe einliefen, verschob man die Ausführung des Beschlusses, bis von Haugwitz Kunde komme.

Inzwischen sprach man zu Laforest und Bray nur von Preußens durchaus friedlichen Absichten. Lombard, der Mann des königlichen Vertrauens, ermächtigte den bayrischen Gesandten zu der Mitteilung an den Kurfürsten, der König sei bereit, sich fest und feierlich mit Frankreich zu verbinden, und besprach mit ihm die möglichen Bedingungen eines solchen Bündnisses. Auf jeden Fall wollte der König Hannover, und zwar nicht nur als Depot, behalten, dafür aber Napoleons Bestrebungen zur Vergrößerung der süddeutschen Staaten und besonders Bayerns nachdrücklich unterstützen. Bray war mit allem sehr einverstanden, bemerkte aber in seinem Berichte an Montgelas: »Wenn Preußen Hannover erhalten sollte, könnte dann Frankreich nicht für uns die Markgrafschaften verlangen?«[3])

[1]) Heigel, Deutsche Geschichte II, 596.

[2]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 10./11. Dez.

[3]) M. M. B. P. 1805, Ber. Brays, 17./18. Dez. — Als der Minister diesen Bericht erhielt (27. Dez.), konnte er es sich nicht versagen, dem trefflichen Gesandten eine Freude zu machen, indem er ihm unter dem Siegel des größten Geheimnisses von dem Inhalt des Schönbrunner Vertrags Mitteilung machte. Montg. an Bray, 27. Dez.

Freilich, eine Vergrößerung Bayerns auf preußische Kosten, wie überhaupt die Erstarkung der süddeutschen Kurstaaten, war dem Berliner Hofe keineswegs sympathisch, und Lombards Äußerung hierüber muß höchlichst überraschen, wenn man die frühere und spätere Haltung Preußens gegen diese Staaten betrachtet. Das war auch der einzige Punkt, über den sich Haugwitz zu Talleyrand sehr ärgerlich und mißbilligend geäußert hatte: »Das stört das deutsche System.«[1]) In der Tat, es war ein harter Schlag für Preußen, daß es seinen Einfluß auf diese Staaten völlig eingebüßt hatte; allein die Schwäche seiner Diplomatie war daran schuld.

Unter diesen Umständen fand am 15. Dezember 1805 im Schlosse zu Schönbrunn bei Wien die folgenschwere Unterredung zwischen dem Sieger von Austerlitz und dem preußischen Unterhändler statt.[2]) Napoleon liebte es, bei derartigen Verhandlungen den Beleidigten und Erzürnten zu spielen, um den Gegner einzuschüchtern und für seine Vorschläge geschmeidig zu machen.[3]) Dieses System führte ihn auch hier zum Ziele. Aufs schärfste ließ er sich über die Zweideutigkeit der preußischen Politik, die Schwäche des Königs, das Frauenregiment am Hofe aus und entließ den Gesandten mit den drohenden Worten: »Der Krieg zwischen uns ist unvermeidlich.«

In Wirklichkeit konnte Napoleon auch jetzt nichts ungelegener kommen als ein Krieg mit Preußen, dessen Armee kriegsbereit an den Grenzen stand, auf seine Verbindung mit Frankreich drückte und ihn zum Schlagen mit verkehrter Front genötigt hätte. Die Verhandlungen mit Österreich drohten sich mehr als einmal an den demütigenden Forderungen des Siegers zu zerschlagen und

[1]) Bertrand, S. 208.

[2]) Heigel, Deutsche Geschichte II, 597.

[3]) Vgl. sein Benehmen gegen Cobenzl zu Campoformio 1797, gegen den englischen Gesandten Withworth im März 1803.

den Krieg wieder aufleben zu lassen. Das österreichische Heer war besiegt, aber nicht vernichtet, und hatte sich bei Holitsch wieder zu sammeln begonnen. An der Raab stand die fast völlig intakte Armee des Erzherzogs Karl, in Böhmen das Korps des Erzherzogs Ferdinand, das sich sofort mit den Preußen vereinigen konnte. In Ungarn war der Landsturm zu den Waffen berufen, diese reichsten Provinzen der Monarchie hatten noch wenig vom Kriege gelitten.[1]) Kurz, ein Zusammengehen der deutschen Vormächte hätte auch jetzt noch und selbst dem Genie eines Napoleon gegenüber begründete Aussichten auf Erfolg gehabt.[2]) Allein davon ganz abgesehen, vertrug sich die Bekämpfung Preußens nicht mit den Zielen der französischen Politik. Seit dem Bruche des Friedens von Amiens hatte Napoleon unaufhörlich um Preußens Bundesgenossenschaft geworben, um dadurch den Kontinent in Schach zu halten und freie Hand zu dem Entscheidungskampf mit England zu bekommen. Nach Trafalgar hatte er dieses Bündnis noch nötiger, um sein antienglisches System auf dem Festland durchzuführen, nachdem er seiner maritimen Machtmittel beraubt worden war.[3]) Bisher hatte er bei allen Annäherungsversuchen in Berlin kühle Ablehnung erfahren; jetzt endlich bot sich ihm eine Gelegenheit, Preußen in sein System zu zwingen.

Am Nachmittag des 15. Dezember ließ der Imperator den Grafen Haugwitz zu einer neuen Unterredung laden. Er hatte soeben von Talleyrand die Nachricht erhalten, daß die österreichischen Gesandten als Entschädigung für den Erzherzog Ferdinand, dessen Kurfürstentum Salzburg an Österreich fallen sollte, das Kurfürstentum

[1]) Heigel, Deutsche Geschichte II, 606/7.

[2]) Der Ansicht war bereits damals Hardenberg. Denkw. V, 226, Anm.

[3]) Heymann, Frankreich und die großen Mächte im Jahre 1806. Abh. z. mittl. u. neueren Geschichte, Bd. 24, Berlin 1910.

Hannover gefordert hatten. Da sich Österreich dadurch mit allen anderen Mächten verfeinden und zum engen Anschluß an Frankreich veranlaßt sehen mußte, glaubte Talleyrand trotz der Entfremdung Preußens, die als notwendige Folge vorauszusehen war, diese Lösung befürworten zu können.[1]) Napoleon hatte die Wahl, sein System auf den Bund mit Preußen, den er seit Jahren wünschte, oder mit Österreich, seit Jahrhunderten dem Rivalen Frankreichs, zu begründen. Allein ein Bündnis mit einem eben besiegten Gegner widerstrebte ihm;[2]) er wollte seinem alten Plane treu bleiben, und da er wußte, welchen Wert Preußen auf den Besitz Hannovers legte, so benützte er

---

[1]) Bertrand, S. 216. Der Brief trägt bei Bertrand nur das Datum »Dezember 1805«, ist aber ganz bestimmt vor dem Schönbrunner Vertrag geschrieben, da Talleyrand, wie seine Briefe vom 16. (S. 221) und 17. Dezember (S. 224) beweisen, von dem Vertrag sofort benachrichtigt wurde und infolgedessen in späterer Zeit nicht mehr in diesem Sinne an Napoleon hätte schreiben können. Der Brief ist demnach auf den 13., höchstens den Morgen des 14. Dezember zu datieren. Damit ist Hardenbergs Verdacht (Denkw. V, 232, Anm.), Haugwitz' Bericht sei eine romanhafte Erfindung; widerlegt.

[2]) Napoleon sagte zu Haugwitz — und seine Worte stimmen mit seiner späteren Politik derart überein, daß an ihrer Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln ist: »Ich habe die Wahl zwischen dem Bündnis mit Österreich, Preußen oder Rußland. Das mit Österreich würde mich, wie Sie sich denken können, nichts kosten, indes widerstrebt es mir, mich mit einer Macht zu verbinden, die ich soeben niedergeschlagen habe. Um meine Verbündeten in Deutschland zu befriedigen, muß ich mehr als ein Stück von diesem schönen Reiche abnagen; schließlich bleibt es ja noch mächtig genug, aber nachdem ich es behandelt, wie ich es getan, nachdem ich es beraubt habe, wie Sie sehen, scheint es mir unpassend, mich mit ihm zu verbünden. Übrigens ist diese Allianz nicht nach dem Geschmack meiner Nation, und ihn ziehe ich mehr zu Rate, als man denkt. Rußland werde ich haben, nicht heute, aber in ein, zwei, drei Jahren; die Zeit löscht alle Erinnerungen, und das wäre vielleicht von allen Allianzen die, die mir am meisten zusagte.« Hard. Denkw. V 233, Haugwitz' Bericht über seine Sendung an Napoleon, 26. Dez.

Talleyrands Schreiben, um Haugwitz seinen Wünschen gefügig zu machen. »Heute früh,« mit diesen Worten empfing er den Gesandten, »hielt ich den Krieg mit Preußen für unvermeidlich; und jetzt werden Sie, wenn Sie wollen, wenn Sie mit mir den Vertrag unterzeichnen können, den ich Ihnen vorschlagen werde, erhalten, was Sie am Schlusse der Rechnung ungeheuer interessieren muß; ich werde ein Pfand der Freundschaft des Königs besitzen und die Verbindung zwischen Frankreich und Preußen wird für immer hergestellt sein.«[1]) Darauf legte er dem Grafen Talleyrands Schreiben vor und diktierte dann seinem Adjutanten Duroc, der bei der Unterredung als stumme Person zugegen war, folgenden Vertrag in die Feder:

Preußen schließt mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis und garantiert die Neuordnung der Verhältnisse, die Napoleon in Süddeutschland und Italien vornimmt. Es tritt das Herzogtum Kleve und die Grafschaften Neuenburg und Valengin in der Schweiz an Frankreich, das Fürstentum Ansbach an Bayern ab, das ihm jedoch zur Abrundung des Fürstentums Bayreuth einen Distrikt von 20 000 Einwohnern überläßt; dafür erhält es den Besitz des Kurfürstentums Hannover.[2])

Haugwitz erzählt zwar in seinem Berichte über diese Unterredung, nachdem er von Talleyrands Schreiben Kenntnis genommen, habe die Diskussion begonnen; er läßt aber über den Inhalt und Gang dieser Diskussion, deren Kenntnis doch für den Berliner Hof von größter Wichtigkeit gewesen wäre, nicht das geringste verlauten. Die Art und Weise, wie der Vertrag selbst vereinbart wurde, bleibt in undurchdringliches Dunkel gehüllt, da eine andere Quelle über diese Unterredung nicht existiert; Duroc hat keine Memoiren hinterlassen. Es ist anzu-

[1]) Ranke, Hard. Denkw. V, 231/32. Ber. Haugw., 26. Dez.
[2]) Ranke, Hard. Denkw. II, 390 ff.

nehmen, daß gerade die Abtretung Ansbachs eine Erörterung hervorgerufen hat, da Haugwitz die Gefühle seines Herrn für dieses Land genau kannte. Besonders die merkwürdige Bestimmung, daß Bayreuth eine Abrundung von 20 000 (nicht 40 000, wie Montgelas, Memoiren S. 119, irrtümlich angibt) Einwohnern erhalten solle, scheint diese Vermutung zu bestätigen; denn diese Bestimmung dürfte schwerlich auf Napoleons Initiative zurückzuführen sein, von einer etwa vorhergegangenen Anregung Gravenreuths ganz zu schweigen. Daß Haugwitz, von jeher ein Gegner der fränkischen Politik Hardenbergs, in die Abtretung Ansbachs ohne Zögern einwilligte, ist begreiflich. Aber warum oder ob er nicht auch die Abtretung Bayreuths, das dadurch ziemlich wertlos für Preußen wurde, gegen eine weitere Vergrößerung in Norddeutschland, etwa die Hansastädte, dem Kaiser vorschlug, und vor allem, wie er auf die Klausel von den 20 000 Einwohnern kam, er, der doch mit den Verhältnissen in Franken durchaus nicht näher vertraut war, das sind Fragen, die wir nur mit einem non liquet beantworten können, ebenso wie die nach den Gründen, die den Grafen bewogen, den Inhalt dieser Diskussion seinem Könige zu verschweigen. Eine weitere Äußerung des Grafen bietet freilich die Handhabe zu einer anderen Vermutung. Er sagt: »Ich benützte die Zeit, die der Kaiser auf das Diktat verwandte, um meine Gedanken über die Auslegung der Artikel zu sammeln, die der Kaiser sich begnügte zu Papier zu bringen, und behielt sie für die Arbeit des Berliner Kabinetts bei der Ratifikation dieses Vertrages vor.«[1]) Ganz abgesehen von dem Unstatthaften dieses zagen Benehmens, das sich vielleicht durch das dämonische, jeden Widerspruch ausschließende Benehmen des Kaisers erklären läßt — Haugwitz begründete es damit, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, vor

[1]) Ranke, Hard. Denkw. V, 233.

allem Zeit zu gewinnen - steht diese Äußerung in unvereinbarem Gegensatz zu dem kurz vorhergehenden »la discussion s'ouvrit«. Nun könnte man annehmen, dieser Satz »la discussion s'ouvrit« habe nur erzählungstechnische Bedeutung als Einleitung eines neuen Abschnitts, sei nur eine façon de parler, und Haugwitz habe also tatsächlich den Vertrag ohne jede Erörterung stillschweigend hingenommen. Aber dann bleibt immer noch jene Klausel über die 20 000 Einwohner ein Rätsel. Selten wurde ein Vertrag so spontan entworfen und abgeschlossen wie dieser; weder Talleyrand noch Gravenreuth, der wegen Ansbachs das lebhafteste Interesse daran haben mußte, wurden zugezogen oder wenigstens vorher über die Absichten Napoleons verständigt. Haugwitz' wortreicher Bericht bietet nicht das geringste Detail, kurz, der Vorgang im Schlosse zu Schönbrunn wird wohl stets ein undurchdringliches Geheimnis bleiben.

Dieser Vertrag war nicht sehr ehrenvoll für Preußen, da sein Monarch dadurch der Freiheit des Handelns für die Zukunft beraubt wurde; daß er unvorteilhaft gewesen, läßt sich schwerlich behaupten. Der Besitz Hannovers, seit Jahren das ersehnte Ziel der preußischen Politik, trug zur Konsolidierung des Staates bei, während die Abtretung jener Außenwerke die Reibungsflächen mit den Nachbarn verminderte, die Verwaltung erleichterte; die Aufgabe der dominierenden Stellung in Süddeutschland — seit dem Reichsdeputationsschluß doch nur eine mühsam aufrecht erhaltene Fiktion — fiel jenen Vorteilen gegenüber nicht schwer in die Wagschale. Und vor allem: der Friede blieb gesichert, des Königs Wunsch ward erfüllt. Haugwitz handelte ganz im Sinne seines Königs, ganz der erhaltenen Instruktion gemäß, wenn er diesen Vertrag annahm; vor seinem Monarchen lud er damit keine Verantwortung auf sich. Selbständig gehandelt und schwere Verantwortung übernommen hätte er, wenn er die einzige Alternative ergriffen hätte, die ihm Napoleons dikta-

torischer Wille ließ: den Krieg; und ein wahrhaft bedeutender Staatsmann hätte sich nach scharfsinniger Erwägung der Verhältnisse vielleicht dazu entschließen können. Daß Haugwitz den Mut zu so selbständigem Entschlusse, zumal unter dem Eindruck der Dämonie des Imperators, nicht fand, kann man nicht ihm persönlich zum Vorwurf machen. Er wählte, sich fest an seine Instruktion klammernd, das kleinere Übel, das ihm nicht so sehr als Übel erschien, und unterzeichnete den Vertrag.

Am folgenden Tage ließ der Kaiser durch Duroc mit dem bayrischen Gesandten eine Zusatzkonvention zum Brünner Vertrag abschließen. Napoleon verpflichtete sich, die Abtretung des Fürstentums Ansbach »en toute propriété et souveraineté« von seiten des Königs von Preußen an Bayern zu bewirken. Dieses trat dagegen das Herzogtum Berg an den deutschen Reichsfürsten ab, den Napoleon bezeichnen würde. Der Vertrag sollte ebenso wie der preußisch-französische bis zum Augenblick der Ausführung geheim gehalten werden.[1])

Der Bericht eines österreichischen Agenten in München, den Fournier unter dem Titel »Aus Süddeutschlands Franzosenzeit« in seinen historischen Studien und Skizzen veröffentlicht hat, enthält zu diesen Schönbrunner Verträgen folgende Details: »Endlich wurde bei der Anwesenheit des Kaisers gegen die Abtrennung von Berg der Besitz von Ansbach ausgemacht, und es ist sonderbar, daß durch einen Fehler der Landkarte hier der König von Preußen das Bayreuther Unterland erhielt. Es war für Bayern kein rentables Geschäft, da Berg weit reichere Einkünfte abwarf und überdies das Bayreuther Unterland bei Preußen verblieb. Diese Konzession an Preußen war übrigens gar nicht freiwillig gemacht worden. Das Bayreuther Unterland war vom ansbachischen Hauptgebiet

[1]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Text des Vertrages als Beilage zu Gravenreuths Bericht vom 17. Dez.

durch einen schmalen Streifen des nürnbergischen Territoriums getrennt. Der Kaiser zog nun auf der Landkarte die bayerische Grenze nur bis an diesen nürnbergischen Streifen und ließ das jenseits gelegene Territorium unbeachtet. Erst als der Kurier nach Berlin schon abgefertigt war, wurde der Irrtum aufgedeckt. Es war also nicht mehr möglich, die Regulierung rückgängig zu machen. Auf die vom Vertreter Bayerns erhobenen Vorstellungen erwiderte der Kaiser barsch: »Ceci pour une autre fois.«

Diese Erzählung ist in verschiedenen Punkten falsch und scheint mir überhaupt unwahr zu sein. Der ganze Bericht jenes Agenten verrät durch seinen Ton die Absicht, Bayerns Erfolge zu verkleinern. Der Tausch Bergs gegen Ansbach, den Montgelas seit 1801 unaufhörlich anstrebte, kann nicht unrentabel gewesen sein. An Einwohnerzahl waren beide Gebiete fast gleich. Die Einkünfte Ansbachs betrugen 892 000 Reichstaler, die Bergs nach Hardenbergs Schätzung 385 000 Reichstaler. Daß Hardenberg, der statistisch in der Regel vortrefflich bedient war, sich um mehr als 500 000 Reichstaler geirrt oder in seinen Berechnungen absichtlich um so viel zu niedrig gegriffen haben sollte, ist nicht anzunehmen. Außerdem mußte ihm für den Zweck, für den er jene Berechnungen anstellte, daran liegen, den Wert Bergs möglichst hoch zu veranschlagen.[1]) Andrerseits war es allgemein bekannt, daß Ansbach eine der am besten verwalteten und einträglichsten Provinzen ganz Deutschlands war. Endlich muß man doch auch den Vorteil der Arrondierung des bayrischen Staates, des Zusammenhangs mit den fränkischen Provinzen, der dadurch erleichterten Verwaltung in Betracht ziehen.[2]) Daß Montgelas auch den Besitz des Bayreuther Unterlandes ge-

[1]) Ranke, Hard. Denkw. II, 419 ff.
[2]) Montgelas, Memoiren, S. 119.

wünscht hatte, ist richtig; erst dadurch war die lückenlose Verbindung mit Bamberg hergestellt. Aber wenn es nicht anders ging, so war er mit dem Erwerb Ansbachs zufrieden.[1])

Daß eine fehlerhafte Landkarte vorgelegen haben sollte, erscheint nicht glaubwürdig. Napoleon pflegte stets gute Karten zu haben; auch ist anzunehmen, daß Gravenreuth wohl über eine gute Karte verfügt hat. Vor allem aber ist die Darstellung des Verfassers so unklar, daß man ihm Sachkenntnis über diesen Gegenstand absprechen muß. Er spricht von einem »ansbachischen Hauptgebiet«; nun aber war Ansbach, abgesehen von der ganz kleinen Enklave Iphofen im äußersten Nordwesten, die damals auf den Karten noch nicht eingezeichnet sein konnte, ein vollständig abgerundetes Territorium, wo von einem Haupt- und Nebengebiet keine Rede sein konnte. Die ganze Darstellung würde durchaus stimmen, wenn man statt »Ansbacher« »Bayreuther Hauptgebiet« einsetzt. Das Unterland war durch einen schmalen Nürnberger Streifen nicht von Ansbach, sondern vom Bayreuther Oberland getrennt; mit Ansbach hing es im Gegenteil in seiner ganzen Längsausdehnung ohne jede Unterbrechung aufs engste zusammen. Demnach müßte sich die ganze Erzählung überhaupt um das Fürstentum Bayreuth drehen; dem widerspricht aber der Autor selbst und die Bestimmung der Schönbrunner Verträge. Der Fehler auf der Karte, den er annimmt, die falsche Bezeichnung eines Landstreifens zwischen dem ansbachischen und Bayreuther Unterland ist so fernliegend, ja geradezu unsinnig und unmöglich, daß ich daran nicht glauben kann. Ich habe mehrere gewiß fehlerhafte Karten von Franken aus dieser Zeit gesehen, aber auf keiner auch nur eine Spur, eine Möglichkeit dieses Fehlers. Daß also der Kaiser das Unterland nicht in die Abtretungslinie

[1]) M. Pol. Arch., Nr. 9, Montg. an Grav., 2. Dez. 1805.

einbezog, das beweist vielmehr, daß er über die Grenzverhältnisse eingehend (vielleicht durch Haugwitz?) orientiert war, ja es läßt sogar vermuten, daß darüber erst diskutiert worden ist, da es Napoleon viel näher liegen mußte, das Unterland mit einzubeziehen.

Ein Kurier nach Berlin ist überhaupt nicht abgefertigt worden, weil Haugwitz den Vertrag persönlich überbringen wollte.[1]) Und endlich ist der zitierte Ausspruch Napoleons durchaus unwahrscheinlich. Er wollte Frieden und Freundschaft mit Preußen, konnte damals schwerlich an eine neue Spannung mit diesem Staate denken, die Bayern auch den Besitz Bayreuths hätte erwirken können, und wenn doch, so hätte er diesen Gedanken wahrscheinlich für sich behalten.

Von der ganzen Erzählung findet sich weder in Gravenreuths ausführlichen Berichten noch in Montgelas' Memoiren auch nur eine Spur. Es ist nicht zu ersehen, warum beide, besonders Montgelas in seinen Denkwürdigkeiten, diese Szene und vor allem die Zukunftsverheißung am Schlusse verschwiegen haben sollten. Außerdem erscheint die Erzählung als ein Gegenstück zu der anderen jenes Agenten, wonach Gravenreuth während der Brünner Verhandlungen einfach ein beliebiges Gebiet in Schwaben mit einer Linie auf der Karte umzog und es trotz den Ansprüchen Württembergs und den Einsprüchen Talleyrands von Napoleon für Bayern zugestanden erhielt.[2]) Eine derartige Erzählung kann man schließlich glauben, aber in doppelter Auflage und von sachlichen Fehlern strotzend, trägt sie den Stempel der Erfindung.

Durch den Schönbrunner Vertrag, den Gravenreuth ebenfalls ohne besondere Instruktion hatte abschließen müssen, wurden die langjährigen Bestrebungen der bayrischen Politik von Erfolg gekrönt. War auch Preußen

[1]) Ranke, Hard. Denkw. II, 385.

[2]) Fournier, Historische Studien und Skizzen, S. 253.

nicht ganz aus Franken verdrängt, so besaß Bayern nun doch die unumstrittene Vorherrschaft. Würzburg war mit den bayrischen Stammlanden verbunden, die unabhängigen Gebiete Pappenheim, Castell, Schwarzenberg und Limpurg völlig von bayrischem Territorium umklammert, ihre Unterwerfung nur noch eine Frage der Zeit. Bloß vom Erwerb Nürnbergs war noch immer nicht die Rede. Erhöht wurde der Wert des Tauschobjektes Ansbach dadurch, daß Bayern nun die Konzessionen zugute kamen, die es im Hauptlandesvergleich hatte bewilligen müssen.[1]) Freilich sah Montgelas bei der Ratifikation dieses Vertrages (20. Dezember) voraus, daß die Ausführung noch einen kleinen Kampf in Berlin kosten werde. Er kannte Hardenberg gut genug, um zu wissen, daß man preußischerseits versuchen werde, verschiedene der neuerworbenen Parzellen (vor allem Iphofen) zu Bayreuth zu ziehen und von der Abtretung auszuschließen; ferner fürchtete er, daß die Rente des Markgrafen Anlaß zu Differenzen geben werde. Sie wurde von den Einkünften der Fürstentümer bestritten, und Bayern konnte daher die Verpflichtung aufgeladen werden, den auf Ansbach entfallenden Teil der Pension zu übernehmen, obgleich Preußen in Hannover einen mehr als ausreichenden Ersatz für Ansbach erhalten hatte und von den Einkünften dieses Landes die Rente bestreiten konnte.[2]) Gravenreuth beruhigte den Minister über diesen Punkt: Die Pension des Markgrafen sei eine Hohenzollersche Familiensache; sollte Preußen hierin Schwierigkeiten machen, so werde die Gegenforderung, der Berliner Hof möge den Unterhalt des Herzogs Wilhelm übernehmen, dem die Einkünfte Bergs als Apanage zugewiesen waren, genügen, um diese Differenz verschwinden zu lassen. Was den ersten Punkt anlange, so müsse man eben bei

[1]) M. Pol. Arch. 9, Ber. Gravenreuths, 17. Dez.
[2]) M. Pol. Arch. 9, Montg. an Gravenreuth, 22. Dez.

der Besitznahme schnell zu Werke gehen und sich nicht von Preußen einschüchtern lassen; Frankreichs Unterstützung sei gewiß.[1])

Nun von Preußen nichts mehr zu befürchten war, wagte Montgelas entschieden in Franken vorzugehen. Am 23. Dezember wurde das Fürstentum Eichstätt besetzt,[2]) gleichzeitig die Unterwerfung der Reichsritterschaft fortgesetzt, wofür Napoleon in einem Tagesbefehl vom 19. Dezember die französischen Truppen in Bayern zur Verfügung gestellt hatte.[3])

Leider wurden die Vorteile des Schönbrunner Vertrages unmittelbar darauf durch die Preßburger Friedensverhandlungen teilweise illusorisch gemacht. Da Salzburg an Österreich fallen sollte, suchte man für den bisherigen Kurfürsten, den Bruder des Kaisers Franz, eine Entschädigung. Österreichischerseits hatte man zuerst an Hannover gedacht,[4]) obwohl man mit dem rechtmäßigen Herrscher des Landes, dem englischen Könige, verbündet war. Damit abgewiesen, weil Napoleon sich mit Preußen nicht verfeinden wollte, schlug man die Erhebung Tirols zu einem Kurfürstentum für den Erzherzog vor. Auch hierauf ging Napoleon wegen der strategischen Bedeutung des Landes nicht ein; mehrmals in den letzten Kriegen hatte es sich gezeigt, wie wünschenswert eine gesicherte Verbindung durch Tirol für die in Süddeutschland und Italien kämpfenden Armeen sei. Diesen Vorteil wollte er sich für die Zukunft sichern, indem er Tirol an Bayern überließ und so die Verbindung der beiden von ihm abhängigen Königreiche Italien und Bayern, die er durch eine Vermählung des Vizekönigs Eugen mit Augusta, der Tochter des Königs Max, zu

[1]) M. Pol. Arch. 9, Ber. Grav., 26. Dez.

[2]) B. R. XI 94a, Fränk. Kreis 9 D, Ber. Schuckmanns, 24. Dez.

[3]) Heinrich Müller, Der letzte Kampf der Reichsritterschaft, Berlin 1910, S. 196/96. — Bitterauf, Rheinbund I, 239.

[4]) Bertrand, S. 216, 224 (noch am 16. Dez.),

knüpfen gedachte, auch geographisch verstärkte.[1]) Dafür sollte das Bistum Würzburg dem Erzherzog angewiesen werden. Dieser Vorschlag stieß bei Gravenreuth und am Münchener Hofe anfangs auf heftigen Widerstand. Würzburg war das reichste und entwicklungsfähigste der bayrischen Territorien, während die Einkünfte Tirols knapp zur Deckung der Verwaltungskosten ausreichten. Außerdem wurden durch Einsetzung eines Erzherzogs in Würzburg dem österreichischen Einfluß in Franken, der eben durch die Unterwerfung der Reichsritterschaft ausgeschaltet wurde, wieder Tür und Tor geöffnet, zumal da gerade in diesen Gegenden die Anhänglichkeit an die Habsburger stets groß gewesen und Franken eine Pflanzstätte österreichischer Offiziere gewesen war. Da man nicht annehmen durfte, daß der Erzherzog eine selbständige Politik treiben werde, so würde sich Bayern auf zwei Seiten von Österreich bedroht und jedenfalls in seinen fränkischen Machtbestrebungen, an deren Ende es noch keineswegs angelangt war, gehemmt sehen.[2]) Nach reiflicher Überlegung willigte jedoch Montgelas schließlich in den Tausch ein, als auch das reiche Welschtirol (Trient) mit einbezogen wurde.[3]) Wohl suchte der ehrgeizige Murat den Baron von Gravenreuth zu größerer Hartnäckigkeit in seinen Forderungen aufzureizen, da er sich von einer Fortsetzung des Krieges persönliche Vorteile erhoffte. In der Tat hätte man, wie Napoleon in einem Schreiben an den König von Bayern selbst eingestand, durch Beharrlichkeit noch größere Zugeständnisse von Österreich erzwingen können. Indes war das bisher Erreichte genug, der Kaiser wünschte baldigsten Abschluß, da er vor der Ratifizierung des Schönbrunner Vertrags in Berlin seine

[1]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 120/21.

[2]) M. Pol. Arch. 9, Akte über den gegenseitigen Austauschwert Tirols und Würzburgs, von Thürheim und Stichner, 22. Dez.

[3]) M. Pol. Arch. 9, Montgelas an Grav., 27. Dez. — Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 122/23.

Lage keineswegs unbedenklich fand und außerdem eine finanzielle Krisis in Paris seine dortige Anwesenheit erforderlich machte. Gravenreuth wirkte in diesem Sinne auf Murat ein, und so konnte am 27. Dezember der Friede zu Preßburg abgeschlossen werden.[1]) Bayern hat hierfür durch den Verzicht auf Würzburg ein großes Opfer gebracht; doch betrug der Gewinn des Krieges, abgesehen von der Erhebung zum souveränen Königreiche und der fast vollständigen Arrondierung des Staates, auch nach Montgelas' niedriger Schätzung immer noch 400 000 Einwohner und mindestens 3 Millionen Gulden Einkünfte.[2])

Der Friede war geschlossen — keineswegs gesichert. Nicht nur daß der Preßburger Vertrag, infolge des Drängens Napoleons das Werk beschleunigter, ja überstürzter Verhandlungen, nicht alle Wünsche erfüllte und durch unpräzise Formulierung manchen Anlaß zu ernsten Differenzen geben konnte: noch verharrte Rußland in Kriegszustand, und vor allem war die durch Preußen bewirkte Spannung der Lage durch den Schönbrunner Vertrag wohl gemindert, doch nicht beseitigt worden. Der Verwirklichung dieses Abkommens konnten sich noch ungeahnte Schwierigkeiten entgegentürmen, wodurch die Neugestaltung der Dinge, wie sie durch den Preßburger Frieden bestimmt worden war, gerade für Bayern in mehr

---

[1]) Montgelas, Denkwürdigkeiten, S. 124.

[2]) M. Pol. Arch. 9, Ber. Grav., 19. Dez., Montgelas an Grav., 27. Dez. Die Behauptung jenes österreichischen Agenten Meyer (Fournier, Hist. Stud. u. Skizz., S. 276): »Wenn Montgelas den Augenblick des Friedens und der Heirat der Prinzessin Auguste besser benutzt hätte, hätte er üble Resultate für Österreich oder die Nachbarn Bayerns in Schwaben oder für Preußen in Rücksicht Bayreuths hervorgebracht,« findet weder in den Memoiren des Ministers noch in seiner Korrespondenz die geringste Bestätigung. Ebensowenig die andere (S. 268), »daß man von der endlichen Einwilligung in die Heirat die Rettung Würzburgs für Bayern erhofft habe«. Die Heiratsangelegenheit wurde durchaus gesondert von den übrigen Fragen behandelt.

als einer Hinsicht in Frage gestellt oder doch unangenehm gehindert werden konnte. Vom Berliner Hofe hing in diesem Momente die Entscheidung über die nächste Zukunft ab, auf ihn waren jetzt die Blicke der bayrischen Staatsmänner in banger Erwartung gerichtet.

Verzeichnis der Abkürzungen.

B. = Geheimes preußisches Staatsarchiv zu Berlin.
M. = Geheimes bayrisches Staatsarchiv zu München.
N. = Königliches Kreisarchiv zu Nürnberg.
M. B. P. = Mission bavaroise à la cour de Prusse.
R. 44 C. I. K. = Akten der Immediatkommission zur Übergabe des Fürstentums Ansbach.

Lebenslauf.

Geboren am 11. März 1888 zu Nürnberg als Sohn des praktischen Arztes Dr. Siegbert Tarrasch und seiner Frau Rosa, geb. Rudolf, besuchte ich das neue humanistische Gymnasium meiner Heimatstadt und bezog im Herbst 1906 die Universität München. Eine leidenschaftliche Neigung für Geschichte, die mich in meinem elften Jahre gepackt hatte, veranlaßte mich, nach einigen schüchternen und nicht allzu ernst gemeinten Versuchen, mich mit einem Brotstudium zu befreunden, schließlich meiner alten Liebe treu zu bleiben. In meinem vierten Semester fügte ich noch das Studium der Nationalökonomie hinzu. Nachdem ich mir als Schüler der Professoren Heigel, Simonsfeld und Bitterauf die ersten Sporen verdient, setzte ich im Herbst 1908 meine Studien in Berlin fort. Hier waren es vor allem der Kriegshistoriker Delbrück und der Napoleonforscher Lenz, denen ich lebhaftes Interesse entgegenbrachte, wie denn überhaupt die Geschichte des 16. Jahrhunderts und des Napoleonischen Zeitalters mich von jeher am meisten lockte. Dennoch kehrte ich im Herbst 1909 nach München zurück, mit der Absicht, möglichst bald meine längst begonnene Dissertation zu vollenden. Da erhielt ich von privater Seite die Anregung, eine populäre Biographie des Renaissance-Helden Cesare Borgia zu schreiben. Dieser Lockung konnte ich nicht widerstehen und opferte ein Semester dieser Aufgabe — leider insofern ohne Erfolg, als mir bis jetzt noch kein Verleger Heb-

ammendienste für dieses Buch tun wollte. Im Frühjahr 1911 erlitten meine Arbeiten eine neue Unterbrechung, da ich dank der Empfehlung Herrn Professors Heigel, von dem Grafen von Schaesberg-Tannheim mit der Aufgabe betraut wurde, die Geschichte seiner Familie zu bearbeiten. Endlich gelangte ich im vergangenen Winter dazu, die Dissertation zu vollenden; im Juni überreichte ich sie der Fakultät und am 11. Juli bestand ich das Examen rigorosum.

Fritz Tarrasch.